



DER ROTE FADEN

Informationen der Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bayreuth Anette Kramme, MdB



Die Aktion „Bewerben – aber richtig!“ von MdB Anette Kramme und MdL Dr. Christoph Rabenstein war ein großer Erfolg. Mehr dazu auf Seite 9!

IMPRESSUM

Herausgeber:

MdB Anette Kramme,
Unterbezirksvorsitzende
Bahnhofstr. 1
95444 Bayreuth
Telefon: 0921 / 870 1111
Fax: 0921 / 870 1254
E-Mail: anette.kramme@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
15. Februar 2007

Bezug: Abonnement kostenlos
(per E-Mail oder per Post)

Bestellung

unter Tel.: 0921 / 870 1111
oder
anette.kramme@wk.bundestag.de

Gerne veröffentlichen wir Berichte der Ortsvereine, Arbeitsgruppen etc. über ihre Aktivitäten, z.B. Ergebnisse von Vorstandswahlen, erfolgreiche Aktionen oder Veranstaltungen.

INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort von MdB Anette Kramme Seite 2

SPD VOR ORT – SPD VOR ORT – SPD VOR ORT

Kurznachrichten Seite 2
Blick nach Forchheim und Bamberg Seite 5
Wir gratulieren Seite 6
Kurz vorgestellt: Simone Schreiner Seite 7
Veranstaltungen im Blickpunkt Seite 8

MdB Anette Kramme zum Thema

Mindestlöhne - Arbeit in Armut verhindern Seite 12
Arbeitslosengeld I Seite 14
Reform des Gemeinnützigkeitsrechts Seite 15
Verbraucherschutz – Forderung nach Rücktritt Schnappaufs Seite 16
Schutz der Sparkassen Seite 17
Verlegung der Familienkasse von Bamberg nach Schweinfurt Seite 18
Umbau der Bundespolizei Seite 19
Vermischtes Seite 20

MdB Anette Kramme besucht

GSB Security in Bayreuth Seite 21
Gundelsheimer Volkslauf Seite 22
Politischer Frühschoppen in Kornbach Seite 22
Öffentlicher Stammtisch des SPD Ortsvereins Wiesenthau Seite 23
AOK Bamberg Seite 23
Versammlung der IG-Bau Seite 24
Schlachthof Bth, Metzgerei Maisel und Schweinemastbetrieb Seite 24

Grußwort von MdB Anette Kramme

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen - eine gute Gelegenheit, auf die Geschehnisse zurück zu blicken.

Das Jahr war geprägt von den Bürgermeisterwahlen. In Bayreuth hatten wir leider eine schmerzliche Niederlage hinzunehmen: Zum ersten Mal seit Ende des Krieges stellt die SPD nicht den Oberbürgermeister. Über das Wahlergebnis in Pegnitz können wir uns aber besonders freuen. Unser Bürgermeisterkandidat Uwe Raab hat das beste Ergebnis seit langem für die SPD in Pegnitz erreicht. Das gibt Hoffnung für die Zukunft! Auch Jürgen Masel hat in Bindlach für die SPD ein stattliches Wahlergebnis eingefahren.

Auch auf Bundesebene zeigen sich die Erfolge unserer Arbeit. Die wohl wichtigste Nachricht: Die Arbeitslosenzahlen sind in diesem Jahr spürbar gesunken. Im November 2006 betrug die Zahl der Arbeitslosen 3.995.000, das sind mehr als 500.000 Menschen weniger als im November 2005. Damit liegt die Zahl der Arbeitslosen zum ersten Mal seit Jahren unter der 4-Millionen-Marke. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die Reformen der rot-grünen Regierung zurückzuführen. Die Arbeitsmarktreformen haben viele Menschen hart getroffen, die einzelnen Maßnahmen waren unpopulär und haben die SPD viel Überwindung gekostet. Dennoch zeigt die Entwicklung, dass es richtig war, diese Reformen einzuleiten.

Diesen Weg werden wir weiter gehen. Dabei lassen wir uns auch nicht von Ablenkmanövern der CDU/ CSU beirren. Die Rüttgers- Vorschläge zur längeren Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose sind nur scheinbar sozial und zielen allein darauf ab, die Ängste der Wähler „auszuschlachten“. Herr Rüttgers verschweigt geflissentlich, wer bei seinem Vorhaben die Zeche zahlen soll: die jüngeren Arbeitslosen! Deshalb lehnen wir seine Vorschläge ab.

Ich wünsche Euch eine frohe, ruhige Weihnachtszeit und für das neue Jahr alles Gute, vor allem Glück, Gesundheit und Erfolg!

Mit solidarischen Grüßen

Eure Anette

SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor

KURZNACHRICHTEN

OV Plech: Zeltlager am Brombachsee

Auch dieses Jahr war das Jugendzeltlager am Brombachsee ein Höhepunkt des Ferienprogramms des SPD-Ortsvereins Plech. Marianne Deinzer, der „gute Geist“ der Plecher SPD, und einige Betreuer verbrachten mit 28 Kindern aus Plech und 18 Kindern aus Velden fünf Tage auf dem Campingplatz Langlau. Gemeinsam wurden zahlreiche Aktivitäten unternommen. So standen u.a. ein Besuch des Wellenbades in Treuchtlingen, Volleyball-, Fußball- und Tischtennisturniere sowie Rikscha- und Fahrradfahrten auf dem Programm. Nachdem das anfangs etwas schlechtere Wetter mitspielte, hatten die Kinder auch die Möglichkeit, im See zu baden.

Das Ferienprogramm des Plecher SPD-Ortsvereins wird in erster Linie mit den Erlösen, die die freiwilligen Helfer beim Kuchenverkauf auf dem Weihnachtsmarkt und dem Marktplatzfest erzielen, finanziert. Von den teilnehmenden Kindern wird nur ein kleiner Beitrag erhoben.

(NK vom 12.09.2006, S. 40)

OV Schnabelwaid: Schnabelwaidler Bürgermeister Willi Friedrich gestorben

Willi Friedrich, Bürgermeister der Gemeinde Schnabelwaid, ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Erst zwei Wochen vor seinem Tod war ihm für sein außerordentliches Engagement vom Regierungspräsidenten Hans Angerer die Kommunale Verdienstmedaille verliehen worden. In den 19 Jahren als Bürgermeister hat Friedrich eine Vielzahl von Erfolgen feiern können. Dazu zählen der Bau des Bürgerhauses und des Kindergartens sowie die Sanierung der Wasserversorgung. Der unermüdliche SPD-Kommunalpolitiker hat sich bis zuletzt für die 1040 Einwohner von Schnabelwaid eingesetzt. Sein bisheriger Stellvertreter, Hans-Walter Hofmann hob hervor, dass sich Friedrich selbst um Kleinigkeiten höchstpersönlich gekümmert habe.

(NN Pegnitz vom 29.09.2006, S. 1 /B 1a)

DER ROTE FADEN

**OV Schnabelwaid:
Rüdiger Goller zum Bürgermeis-
terkandidaten nominiert**

Der Gemeinderat und SPD-Fraktionssprecher Rüdiger Goller wurde einstimmig von den 17 stimmberechtigten Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Schnabelwaid zum Bürgermeisterkandidaten gewählt. Die Bürgermeisterwahl findet am 21.01.2007 statt. Zu Beginn der Sitzung gedachte man des verstorbenen Bürgermeisters Willi Friedrich. Der Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein ist überzeugt, dass Goller die gelebte Bürgernähe Friedrichs fortsetzen wird. Der 45-jährige Goller hat vor zehn Jahren den Vorsitz des SPD-Ortsvereins Schnabelwaid übernommen. Damals hatte der Ortsverein 18 Mitglieder, heute sind es 27. Der Bürgermeisterkandidat engagierte sich in einer Vielzahl von Schnabelwaid Vereinen. Als Schwerpunkte für die Zukunft nannte er den Bau der Bahnbrücken, den Ausbau der Kreisstraße durch Schnabelwaid sowie vor allem den Erhalt der Grundschule. „Schnabelwaid muss eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde bleiben“, so Goller.

(NN vom 28.10.2006, S. 2/ B 1a)

**OV Pegnitz:
Bärbel Diekmann zu Gast in Pegnitz**

Die Bonner Oberbürgermeisterin und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Bärbel Diekmann, besuchte gemeinsam mit Uwe Raab und dem Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Rabenstein das Pegnitzer KSB-Werk. In einem Gespräch mit Vertretern des Unternehmens wurde das Thema Berufsausbildung in Deutschland diskutiert. Diekmann zeigte sich beeindruckt vom wirtschaftlichen Erfolg des Pumpen- und Armaturherstellers. KSB hat rund 1400 Mitarbeiter und kann in diesem Jahr ein Auftragsplus von 27 Prozent vorweisen.

(NK vom 19.09.2006, S. 19)

**OV Waischenfeld:
Veranstaltung zum Thema „Richtig bewerben“**

Der Jugendstadtrat lud am Samstag, den 04.11.2006 zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Richtig bewerben“ alle interessierten Jugendlichen und deren Eltern ein. Dabei gab es Tipps zu den Bereichen Anschreiben, Lebenslauf, Auswahltests und Vorstellungsgespräch. Referenten waren die Unternehmensberaterin Dr. Angelika Limmer, Stadtrat Dr. Udo Lunz, Michael Handwerker von der Raiffeisenbank Hollfeld- Waischenfeld- Aufseß und der Auszubildende Philipp Wehr. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, ihre eigene Bewerbungsmappe durchsehen zu lassen und gezielte Fragen zu stellen.

(NK vom 04./05.11.2006, S. 58)

**OV Weidenberg:
„Mensch-ärgere-dich-nicht“-Turnier fand großen Anklang**

Zum vierten Mal veranstaltete der SPD-Ortsverband Weidenberg ein „Mensch-ärgere-dich-nicht“-Turnier. Die Organisation übernahm Gemeinderat Peter Zeitler. 76 Teilnehmer aus der ganzen Region waren gekommen, um an 19 Tischen um Geldpreise zu würfeln. Um die Endrunde zu erreichen, mussten die Spieler in drei Durchgängen möglichst viele Punkte sammeln. Der Sieger einer Runde erhielt 55 Punkte, die Nächstplatzierten bekamen 30, 10 und 0 Punkte. Die Teilnehmer für die beiden Finalrunden mussten durch Würfelentscheid ermittelt werden. Das große Finale war mit Geldpreisen von 120, 80, 60 und 40 Euro dotiert, im kleinen Finale winkten Geldpreise von 35, 30, 25 und 20 Euro. Nach fast einer Stunde stand mit Sandra Lehner aus Mistelgau die Siegerin fest. 2007 soll das Turnier wieder stattfinden.

(NK vom 28./29.10.2006, S. 28)

**OV Oberpreuschwitz/ Dörnhof:
Max Nicklas seit 50 Jahren in der SPD**

Bei der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Oberpreuschwitz/ Dörnhof wurde Max Nicklas für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. In ihrer Laudatio dankte die Stadträtin und Ortsvereinsvorsitzende Christa Müller- Feuerstein dem Jubilar für die Treue zur Partei und den ehrenamtlichen Einsatz in den verschiedensten Gremien der Partei. Vom Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Rabenstein wurde Nicklas eine Urkunde und die goldene Ehrennadel überreicht.

(NK vom 15.09.2006, S. 12)

**Unterbezirkskonferenz der AG 60 plus:
Keine Privatisierung des Klinikums Bayreuth**

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft AG 60 plus im Unterbezirk Bayreuth, hat sich auf der Unterbezirkskonferenz mit der Situation des Klinikums Bayreuth beschäftigt. Der Heinersreuther Bürgermeister Hans Dötsch sagte, eine Trennung vom bisherigen Klinikumsgeschäftsführer deute sich an. Die SPD habe sich schon seit langem von Herrn Binner trennen wollen. Widerstand gebe es auch gegen die Personalservicegesellschaft, in der „jeder der neu ist, für 30 Prozent weniger arbeiten darf als seine Kollegen“. Jeder Mitarbeiter müsse nach Tarif bezahlt werden. Eine Privatisierung des Klinikums lehnte Dötsch ab, das ginge „nur gegen unseren Widerstand“. Friedhelm Esch, Schriftführer der AG 60 plus, erklärte, die Mängel in der Notaufnahme seien nur die „Spitze des Eisbergs“. Sparmaßnahmen dürften nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen werden. Es seien viele Versäumnisse aus der Vergangenheit zu bewältigen. Auch Esch unterstrich, dass eine Privatisierung des Klinikums der falsche Weg sei. Die Gesundheitsvorsorge sei Sache der Kommune.

(NK vom 10.11.2006, S. 15)

OV Pegnitz: Uwe Raab glücklich über 36,45%

Mit 36,45% fuhr der SPD-Kandidat für das Amt des Pegnitzer Bürgermeisters, Uwe Raab, ein mehr als stattliches Ergebnis ein. Selbst Ehefrau Helga Raab meinte: „Wenn mir jemand diese 36,45 Prozent vor einem halben Jahr genannt hätte, hätte ich es als sensationell bezeichnet.“

Uwe Raab bedankte sich mit einem Kuss für allen Rückhalt, den er in der Familie hatte, auch bei seinen zwei Kindern. Sein Dank gilt auch Matthias Heymann aus Deggen-dorf. Er polierte in den letzten Wochen die SPD-Homepage auf Hochglanz. Zu lesen ist dann, dass Uwe Raab in drei Wahllokalen seinen Konkurrenten Manfred Thümmeler überholte: Im Bürgerzentrum (50,16 Prozent), in der Förder-schule (50,56) und in seiner Heimat Neudorf (51,56). Wei-tere gute Ergebnisse hat er im Feuerwehrhaus (47,41), in Bronn (43,5), im Brigittenpark (42,01) und in der Berufs-schule (40,43).

Uwe Raab schneidet also besser ab als seine SPD-Vorgänger Reinhard Ullmann (34,59) und Karl Lothes (31,96). Entsprechend lobt Dr. Rabenstein schon um 18.30 Uhr, als die ersten Radio-Interviews per Lautsprecher über den Marktplatz schallen, den „zweiten Gewinner“, der einen „hervorragenden Wahlkampf geführt hat und ein exzellen-tes Ergebnis eingefahren. Damit kann man sich sehen lassen.“

Anette Kramme lobt Uwe Raab: „Er hat viele clevere Ideen aufgezeigt, wovon sich Herr Thümmeler einiges abschnei-den kann.“ Wenn Uwe Raab noch einmal antreten sollte, habe er gute Chancen: „Denn irgendwann ist auch eine Amtszeit des Herrn Thümmeler zu Ende. Ob er überhaupt bis dahin noch groß mit Ideen aufwarten kann?“

(NN vom 25.09.2006, S. 1/B1a)

OV Warmensteinach: Ein halbes Jahrhundert bei der SPD

Bei einem Ehrenabend des SPD-Ortsvereins Warmen-s-teinach wurden drei Mit-glieder für 50-jährige Zuge-hörigkeit vom Ortsvereins-vorsitzenden Berthold Schätz und MdB Anette Kramme ausgezeichnet: Ludwig Mündel, Günter Hartmann und Gustav Nickl erhielten Urkunden, Ehren-nadeln und Geschenkkör-be. Der Vierte im Kreis der Fünfziger, Heinrich Spieler, konnte aus gesundheitli-chen Gründen nicht anwe-send sein. Für 30 Jahre wurden Dorothea Raben-stein und Egon Traßl ge-ehrt, für 25 Jahre Peter Nölkel und Werner Öchsler.

(NK vom 24.11.2006, S. 25)

OV Bayreuth-Meyernberg: 38-jährige Simone Schreiner führt den OV

Bei der Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Meyernberg wurde einstimmig Simone Schreiner (38) zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die 13-fache deutsche Karatemeisterin und zweifache Mutter tritt an die Stelle des bisherigen Vorsitzenden Volker Eller, der sich nicht mehr zur Wiederwahl stellte. Er wird aber mit Ilse Berghammer als weiterer stellver-tretender Vorstand tätig sein.

Für 25-jährige Mitgliedschaft wurde Rudi Swatschek geehrt, für 40-jährige Mitgliedschaft wurden Dank-wart Reining und Siegfried Pokorny ausgezeichnet. Den politischen Werdegang und die Verdienste der Jubilare würdigten MdL Dr. Christoph Rabenstein und MdB Anette Kramme.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte der scheidende Vorsitzende den Rückzug der Post aus Meyern-berg zu bedauern. Begrüßen konnte er zwei neue weibliche Mitglieder, eines davon im jugendfrischen Alter von 20 Jahren. Als wichtige Ziele nannte die neue Vorsitzende die Vorbereitung auf die 2008 anstehenden Stadtratswahlen, die Kontaktpflege zu den Mitgliedern und die Mitgliederwerbung. Die in der Vergangenheit erfolgreichen Tagesfahrten soll-ten wieder aufgenommen, die vom Ortsverein he-rausgegebene Stadtteilzeitung „Meyernberger Infor-mationen“ weitergeführt werden. Als wünschenswert erachtete sich die Einrichtung einer eigenen Inter-netseite des Ortsvereins. „Wichtig ist für mich eine enge mannschaftliche Zusammenarbeit.“

(NK vom 13.11.2006, S. 10)

SPD-Unterbezirk Bayreuth: Spende für Pegnitzer Tafel

Die Pegnitzer Tafel hilft Menschen in Not. Dies honorierte der Unterbezirk der SPD Bayreuth sowie die Abgeordneten Anette Kramme und Christoph Rabenstein zusam-men mit dem Pegnitzer Ortsverein nun mit einer Spende in Höhe von 500 Euro. Da- von wurde ein dringend benötigter Kühlschrank für Milchprodukte angeschafft. „Wir sind auf jede Hilfe angewiesen, daher freuen wir uns ganz besonders über diese Spende“, meinte Heidemaria Weidel von der Tafel. Sie gab den Anwesenden einen Einblick über die Arbeit der Tafel. In den neuen Räumlichkeiten fielen nun auch Miete und weitere Nebenkosten an, jede Hilfe sei willkommen. Derzeit würden knapp über 100 Kunden mit Lebensmitteln versorgt. Ein großes Lob sprach sie den Pegnitzer Bäckern aus, die immer reichlich geben würden.

(NN vom 18.09.2006, S. 2/B1a)

AG 60 plus Bayreuth Land: Besuch im Goldkronacher Seniorenheim

Jedes Jahr besucht der Arbeitskreis der SPD 60 plus eine karitative Einrichtung, um deren Bewohner mit einem kleinen Geschenk zu erfreuen. Dieses Jahr besuchten der Vorsitzende Karl Hummel und sein Stellvertreter Heinz Hahn das Seniorenwohnheim in Goldkronach und übergaben im Aufenthaltsraum persönlich an die Bewohner Schokoladennikoläuse, Adventskalender, Plätzchen, eine größere Zahl von Apfelkis-ten und einen Weihnachtsstollen. Hummel hofft mit dieser Geste den Bewohnern eine kleine Freude vor Weihnachten gemacht zu haben.

(FT vom 12.12.2006, S. 11)

Blich nach Forchheim und Bamberg

**SPD-Kreisverband Forchheim:
Neuer Vorstand gewählt**

Die Wahl des neuen Kreisvorstandes des SPD-Kreisverbands Forchheim hat viele Amtsträger bestätigt, aber auch einige Neuerungen gebracht. Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde Reiner Büttner gewählt. Der 34-jährige Elektroingenieur aus Forchheim-Buckenhöfen setzte sich gegen Peter Kopanske, den neuen Ortsvereinsvorsitzenden aus Eggolsheim, durch. Stellvertretende Kreisvorsitzende bleiben Gerhard Pospischil aus Hetzles und Annette Thüngen aus Neunkirchen. Neuer Schriftführer ist nun Georg Omlor (Igensdorf), Schatzmeister ist weiterhin Bernhard Vogel (Gößweinstein). Als neuer Pressesprecher wurde Lukas Schrüfer (Neunkirchen) gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt: Gesine Dankesreiter, Georg Held, Christopher Möckl (alle drei Ebermannstadt), Christa Gerdes, Attila Krabag (beide Forchheim), Gerhard Ach-Kowalewski, Simon Berninger (beide Langensendelbach), Edgar Büttner (Heroldsbach), Gary Cubningham (Neunkirchen) und Andy Lutz (Poxdorf). Die Revisoren-Posten gingen an Wilmya Zimmermann (Poxdorf) und Angelika Reixner (Neunkirchen). Endgültig aus dem Kreisvorstand verabschiedet hat sich der viel gelobte frühere Schatzmeister Karlheinz Schnaak (77) aus Ebermannstadt, dem der Rückzug aus „Alters- und Gesundheitsgründen“ sichtlich schwer fiel.

(NN Forchheim vom 16./17.10.2006, S. 1/B1)

**OV Ebermannstadt:
Seit 50 Jahren in der SPD**

Zu einer vorweihnachtlichen Feier traf sich der SPD-Ortsverein Ebermannstadt im Straßencafé Bellini. Ortsvereinsvorsitzender Christopher Möckl begrüßte neben der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme auch den langjährigen Ortsvorsitzenden Stadtrat Georg Held. Neben der Suche nach etwas Ruhe und besinnlicher Stimmung, wozu Ludwig Schwabe mit einigen Lesebeiträgen und Anneliese Unfried mit ihrer Zithergruppe beitrugen, standen auch Ehrungen langjähriger Mitglieder an. Elke Noak und Christien Paul wurden für zehn Jahre Mitgliedschaft geehrt, Frank Held und Holger Sandig für 15 Jahre, Rosi Held, Reinhold Dingfelder und Reinhard Heinlein für 25 Jahre Mitgliedschaft beglückwünscht. Auf 30 Jahre brachte es Irmgard Franze. Höhepunkt der Ehrungen war für 50 Jahre Treue zur SPD Waltraud Schürmann und für 60 Jahre, Christian Lämmermann, der wegen Krankheit nicht anwesend war.

(NN Forchheim vom 08.12.2006, S. 5/ B 1)

**OV Igensdorf:
Neuer Vorstand gewählt**

Der SPD-Ortsverein Igensdorf hat im Rahmen seiner Jahresversammlung den Vorstand neu gewählt. Nach einem ausführlichen Bericht des Vorsitzenden und der Kassiererin wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Simon Körner wurde bei den nachfolgenden Wahlen als alleiniger Wahlvorschlag einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden Georg Omlor und Waltraud Schmude. Herbert Igel übernimmt das Amt des Schriftführers, Michael Plies das des Kassierers. Franziska Herberger und Uschi Sondermann-Dülp wurden als Revisoren gewählt. Als Beisitzer vervollständigend Hartmut Rehm und Werner Herberger den neuen Vorstand.

(NN Forchheim vom 14.09.2006, S. 11/B 1)

**OV Forchheim:
Strengere Dokumentationspflichten beim Fleisch
gefordert**

Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Forchheim diskutierte über den neuen Fleischskandal in Bayern. Für Verärgerung sorgte das Verhalten des bayerischen Verbraucherministers Werner Schnappauf, der den vor Monaten bekannt gewordenen Skandal um verdorbenes Fleisch als Einzelfall und Bagatelle abgetan und einen von der SPD initiierten Untersuchungsausschuss im Landtag als „überflüssig“ bezeichnet hatte. Die von Schnappauf veranlassten verschärften Kontrollen wurden als unzureichend kritisiert. Vorsitzende Christa Gerdes sah „die Probleme auch im System“. So gelte die für Bauern, Viehhändler und Metzgereien vorgeschriebene aufwändige Dokumentationspflicht nicht für Großhändler.

(FT vom 09.09.2006, S. 9)

**OV Eggolsheim:
Neuer Ortsvorsitzender gewählt**

In einer Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Eggolsheim wurde Christian Peter Kopanske als neuer 1. Ortsvorsitzender gewählt. Der bisherige Ortsvorsitzende Hans Mai kandidierte nicht mehr für dieses Amt. In Zukunft ist Hans Mai als 2. Vorsitzender Stellvertreter von Kopanske. Hans Gummert wurde in seinem Amt als Kassierer bestätigt. Christa Friedrich wurde zur Schriftführerin und Heinz Möller zum Revisor gewählt. Als Beisitzer wurden Manfred Friedrich und Matthias Wucherer gewählt. Des Weiteren wurden Christian Peter Kopanske und Hans Mai als Delegierte gewählt.

(NN Forchheim vom 19.10.2006, S.9/B1)

**OV Hausen:
Seit 50 Jahren Mitglied der SPD**

Im Rahmen der 50-Jahr-Feierlichkeiten der SPD Hausen wurde dem Gründungsmitglied des Ortsvereins, Wolfgang Blum, die Ehrenurkunde von Vorsitzenden Gerd Zimmer und MdB Renate Schmidt überreicht. Blum hatte damals mit Fritz Brehm, Lothar Gößwein, Hans Kraus, Fritz Richardt, Hans Saam, Andreas und Hans Welker (alle Hausen) sowie Michael Feustel und Josef Sauer aus Heroldsbach und Andreas Feeß aus Wimmelbach den SPD Ortsverein im Gasthaus Beckenschneider ins Leben gerufen.

(Fränkischer Tag vom 01.12.2006, S. 15)

WIR GRATULIEREN

Johann Weisheit

Im August durfte Johann Weisheit aus Gefrees seinen 80. Geburtstag feiern. Der langjährige SPD-Stadtrat kann bereits mehr als 50 Jahre kommunalpolitische Schaffenskraft vorweisen. 22 Jahre davon war „Hans“ Weisheit, wie man ihn in Gefrees kennt, zweiter Bürgermeister, ein Vierteljahr sogar amtierender Gefreeseer Bürgermeister. Weisheit ist auch heute noch Mitglied mehrerer Stadtratsausschüsse, so des Haupt- und Finanzausschusses, des Bau- und Umweltausschusses sowie des Rechnungsprüfungsausschusses, dem er vorsitzt. Sein großes kommunales Engagement blieb nicht unbemerkt. Im vergangenen Jahr wurde er von Regierungspräsident Horst Angerer mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Seine eigene Stadt dankte ihm dieses Jahr sein Wirken damit, dass Johann Weisheit erster und bislang einziger Träger der Gefreeseer Bürgermedaille ist, die nur bei wirklich außergewöhnlichen Verdiensten verliehen wird. Der Rechtsanwalt ist seit über 50 Jahren glücklich verheiratet und hat zwei Kinder.

(NK 16.08.2006, S. 20)

Klaus Gendrisch

Klaus Gendrisch, ehemaliger Bürgermeister von Creußen, feierte im November seinen 75. Geburtstag. Der Jubilar kam in Spittelstein bei Coburg zur Welt und studierte nach dem Abitur an der Pädagogischen Hochschule in Bayreuth. Ab 1961 war er Lehrer und später Schulleiter in Althaidhof. 1975 wechselte Gendrisch als Schulleiter nach Bayreuth, wo er bis 1978 in Meyernberg und an der Jean-Paul-Schule tätig war. Nebenbei war er als Ausbildungslehrer für Englisch an der Uni Bayreuth im Einsatz. Ab 1966 war er nicht nur Gemeindeglied in der damaligen selbständigen Gemeinde Haidhof, sondern auch Zweiter Bürgermeister. Nach der Gemeindegebietsreform wurde der SPD-Kommunalpolitiker dann 1978 zum Bürgermeister der Stadt Creußen gewählt. 18 Jahre lang hatte er dieses Amt inne. Daneben führte er nach dem Eckersdorfer Fritz Bernreuther lange Zeit die SPD-Fraktion im Kreistag, ein Amt, das nach seinem Ausscheiden aus der Kommunalpolitik an den Creußener Peter Goldbach überging. Im Jahr 1991 wurden Gendrischs Verdienste mit der Ehrenmedaille des Bezirks Oberfranken in Silber ausgezeichnet. In seinem Ruhestand widmet sich der Jubilar seinen Hobbys, Wander- und Radlurlaube in seinem Lieblingsland England, aber auch als Reiseleiter bei der Volkshochschule hält er sich fit. (gs)

(NK 21.11.2006, S. 24)

Wolfgang Kern

Wolfgang Kern, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion, feierte im Oktober seinen 65. Geburtstag. Kern gehört dem Stadtrat seit Mai 1990 an, von Oktober 1992 bis April 2002 fungierte er als Dritter Bürgermeister. Seit Mai 2002 ist er Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Kern ist Träger der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik. Er ist Mitglied im Ältesten- und Hauptausschuss des Stadtrats, in der Kommission für die Städtepartnerschaft mit Annecy und in der Stadtentwicklungskommission Bayreuth 2020. Er gehört zudem dem Verwaltungsrat der Sparkasse und der Verbandsversammlung des Zweckverbands der Sparkasse an. Kern war zudem Direktor der AOK Bayreuth-Kulmbach.

(NK 20.10.2006, S. 18)

Erhard Macha

Er trat bei der SPD ein, da gab es den Freistaat Bayern noch gar nicht. Ein ganzer Reigen von Politikern kam, um Erhard Macha zu diesem besonderen Jubiläum in Wellhöfers Buschenschenke zu gratulieren – auch EU-Kommissar Günter Verheugen. Er war gerade auf der Durchreise und ließ es sich nicht nehmen, bei seinen Freunden von der Pegnitzer SPD vorbeizuschauen. Macha, der 1946 in die SPD eintrat, war unter anderem viele Jahre als Stadtrat aktiv, gehörte dem Kreisrat an und war auch in der katholischen Kirchenverwaltung tätig. Für die Pegnitzer Bürger hat er viel erreicht. So sind auf seine Idee die Pegnitzer Stadtmeisterschaften zurückzuführen und die Schaffung des Hallennulltarifs für Sportvereine. Als ehrenamtlicher Büchereileiter half er mit beim Aufbau der Stadtbücherei. Für sein herausragendes Engagement hatte Erhard Macha schon die silberne Bürgermedaille der Stadt Pegnitz erhalten. Auch vom bayerischen Ministerpräsidenten war er mit dem Ehrenzeichen gewürdigt worden. Günter Verheugen lobte den engagierten Mitbürger, der geholfen habe, das Land nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufzubauen. Den Sozialdemokraten blieb er immer treu, „auch wenn es in all den Jahren nicht immer leicht war“. Nun wurde Macha für seine langjährige Treue von Uwe Raab, SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, Günter Verheugen, MdB Anette Kramme, Landtagsabgeordnetem Christoph Rabenstein und Ortsvorsitzendem Karl Lothes mit einer Urkunde und zahlreichen Geschenken geehrt. Uwe Raab erinnerte sich an Erhard Machas Wahlspruch, den er immer wieder von ihm gehört und sich zu Herzen genommen habe: „Frage nicht, was deine Stadt für dich tun kann, sondern was du für deine Stadt tun kannst.“ Anschließend besichtigte der hohe Besuch aus Brüssel noch mit der Pegnitzer SPD die Innenstadt unter Führung von Bürgermeisterkandidat Uwe Raab – Verheugen hatte sich diese Führung gewünscht. Station machte man unter anderem auch in Pflaums Posthotel. (ich)

(NK Pegnitz vom 18.09.2006, S.39)

DER ROTE FADEN



Simone Schreiner

geb. am 15.04.1968 in Konstanz am Bodensee
1988-2004 wohnhaft in Ludwigshafen a. Rh.
seit 2004 wohnhaft in Bayreuth

Verheiratet seit 1997, eine Tochter Sophie geb. am
30.10.98 und eine Tochter Emelie geb. am 17.06.05
in Bayreuth

Studium Sport und Sportwissenschaften, Karate-Trainerin (bundes- und europaweit), Medizinstudium, Fernsehmoderatorin Südwestfunk, Lehrauftrag am Institut für Sportwissenschaft der Universität Bayreuth, als Karatepädagogin bei der ev. Familien-Bildungsstätte tätig

Ehrenamtliches Engagement:

- 1.Vorsitzende des Vereins „Karate-Minis Bayreuth e.V.“
- SPD-Mitglied seit 1993
- Stellvertr. Elternbeiratsvorsitzende der Volksschule Meyernberg

Politisches Engagement:

- 1994-2004 Stadträtin in Ludwigshafen
- 1999-2004 Jugendpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion
- 2002-2004 stellv. Stadtratsfraktionsvorsitzende
- 1999-2004 stellv. Ortsvereinsvorsitzende in LU-Friesenheim
- 1999-2004 Ortsbeirätin und stellv. Ortsbeiratsfraktionsvorsitzende in LU-Friesenheim
- 2004 –2006 Vorstandsmitglied im Ortsverein BT-Meyernberg
- seit Nov. 2006 1. Vorsitzende im Ortsverein BT-Meyernberg

1993 - 2001 Ausschuss für Leistungssport bei Landessportbund Rheinland-Pfalz

Besondere Auszeichnungen:

Sportlerin des Jahres in Konstanz und Ludwigshafen; Ehrungen durch Bundesinnenministerium und Innenministerium Rheinland Pfalz, Landessportbund sowie Stadt Ludwigshafen

Sportliche Erfolge:

- Karate-Europameisterin und 3-fache Vize-Europameisterin
- 2 x 4.Platz bei Weltmeisterschaften
- 13-fache Deutsche Karate-Meisterin
- Karate seit 1978
- Trägerin des 4.Dan (4.schwarter Gürtel)

„Soziale Demokratie braucht aktive Demokraten. Frauen und Männer, die in vielfältiger Form und durch ehrenamtliches Engagement Demokratie mit Leben erfüllen und menschlich gestalten und gemeinsam mit anderen SPD-Mitgliedern für die Grundwerte eintreten.“

PRESSEMITTEILUNG

Wohnen im Pflegeheim – Müssen Kinder zahlen?

Pflegebedürftigkeit und Elternunterhalt - aufgrund der steigenden Kosten für die Unterbringung in Pflegeheimen ist das ein Thema, das jung und alt betrifft. Was ist, wenn die eigenen Finanzen (irgendwann) nicht mehr ausreichen? Werden Kinder und auch Schwiegerkinder für Kosten eines Aufenthalts in einem Pflegeheim herangezogen?

Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, kamen rund 130 interessierte Bürgerinnen und Bürger in die BSV-Stadiongaststätte zum Informationsnachmittag: „Wohnen im Pflegeheim - Müssen Kinder zahlen?“ Als Referentin konnte die SPD-Bundestagsabgeordnete und Rechtsanwältin Anette Kramme gewonnen werden. Christine Hacker, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60plus Bayreuth Stadt, die mit ihrem Team und dem SPD-Unterbezirk Bayreuth die Veranstaltung organisiert hatte, war erfreut über die Resonanz. „Das große Interesse an der Veranstaltung zeigt, dass erheblicher Informationsbedarf besteht.“

MdB Kramme startete zunächst mit einer allgemeinen Einführung. „Es kommt immer häufiger vor, dass Menschen nicht in der Lage sind, die Kosten für die Unterbringung in einem Pflegeheim selbst zu zahlen. Die Pflegeheimsätze liegen im Bundesdurchschnitt mittlerweile bei ca. 3.000 Euro monatlich“, erklärte Kramme. Wenn die Pflegekosten den Betrag übersteigen, den die Kasse bezahlt, und der Restbetrag zusammen mit den Unterbringungs- und Verpflegungskosten höher ist als die Eigenmittel des Pflegebedürftigen, springt der Sozialhilfeträger ein. Beim Einsatz der Eigenmittel ist dem pflegebedürftigen Eltern-

teil ein Schonvermögen zu belasten, wie z.B. ein Sparguthaben in Höhe von zurzeit 2.600 Euro (sog. Notgroschen). „Der Sozialhilfeträger wird aber in der Regel versuchen, bei Angehörigen, z. B. den Kindern des Pflegebedürftigen, Rückgriff zu nehmen“, so MdB Kramme. „Kinder sind als Verwandte in gerader Linie unmittelbar zum Unterhalt verpflichtet.“ Sie müssen laut Kramme jedoch leistungsfähig sein. Als leistungsfähig gelte nur, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen imstande sei, ohne Gefährdung seines angemessenen Lebensunterhalts Unterhalt zu gewähren.

Die Leistungsfähigkeit des unterhaltsverpflichteten Kindes beurteilt sich insbesondere nach seinem Einkommen, den erzielbaren Einkünften und seinem Vermögen. Berücksichtigung finden u. a. vorrangige Unterhaltsverpflichtungen, Altersvorsorgeaufwendungen und der Eigenbedarf des Kindes. So steht jedem unterhaltspflichtigen Kind das Recht zu, einen Teil seines Bruttoeinkommens für die angemessene zusätzliche Altersvorsorge zu verwenden.

Besonders hob die Abgeordnete hervor, dass das Kind auch einen sog. Mindestselbstbehalt hat, der dem Unterhaltspflichtigen monatlich bleiben muss. „Dieser liegt zur Zeit bei 1.400 Euro“, stellte Kramme klar. „Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs können von dem unterhaltspflichtigen Kind lediglich 50 % des den Mindestbehalt übersteigenden Betrages als Unterhalt verlangt werden.“ Grundsätzlich müssen die Kinder im Rahmen der bestehenden Grenzen auch eigene Vermögenswerte einsetzen. Das

selbst genutzte Eigenheim des unterhaltspflichtigen Kindes muss jedoch nicht verwertet werden.

„Was ist mit den Schwiegerkindern?“ wollte ein Zuhörer wissen. „Schwiegerkinder können zwar nicht unmittelbar, aber gegebenenfalls mittelbar auch herangezogen werden“, erläuterte Anette Kramme.

Die Bundestagsabgeordnete hatte Beispiele vorbereitet, um die schwierige Materie der Zuhörschaft zu verdeutlichen. An Musterfällen erklärte sie Schritt für Schritt die Rechenwege bei der Ermittlung der Unterhaltshöhe, die ein zum Unterhalt verpflichtetes Kind zu leisten hat oder nicht. „Manch einer könnte auf die Idee kommen, einer Unterhaltspflicht durch das Eingehen von Schulden zu entgehen; aber auch in diesem Bereich gibt es natürlich Bestimmungen“, so Kramme. „In der Regel werden Schulden, die vor Kenntnis der Pflegebedürftigkeit des Elternteils eingegangen wurden, einkommensmindernd berücksichtigt.“

Als problematisch stellte Anette Kramme auch noch Vermögensumschichtungen des bedürftigen Elternteils heraus. Beispielhaft nannte sie dazu Schenkungen (z. B. von bebauten Grundstücken) und Übergabeverträge (z. B. mit Vereinbarungen über ein Wohnrecht und sonstiger Leistungen).

Zahlreiche Fragen und Anmerkungen während und nach den Ausführungen der SPD-Abgeordneten verdeutlichten das Interesse an der Thematik.

Bayreuth, den 19.10.2006

AfA: Eckpunkte der geplanten Gesundheitsreform diskutiert

Frankenpost vom 13.09.2006, S. 15

**Scharfe Kritik an Gesundheitsfonds
Reform erregt Gemüter in Bayreuth**

Bayreuth – Die Eckpunkte zur geplanten Gesundheitsreform erregen auch in Bayreuth die Gemüter. Das wurde laut einer Pressemitteilung bei einer Veranstaltung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Unterbezirk Bayreuth deutlich.

„Es besteht ein erheblicher Informationsbedarf“, so die Vorsitzende der AfA, Karin Pöhlmann. Immerhin war das Nebenzimmer der Gaststätte Röhrensee vollbesetzt. „Stimmen die Horrorszenarien in den Medien oder gibt es auch positive Aspekte?“, fragte Pöhlmann die Referentin, SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Kramme stellte heraus, dass der Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verbessert werde. „Die Rehabilitation älterer Menschen und die Palliativversorgung (schmerzlindernde Behandlung von Schwerkranken) ebenso wie Mutter/Vater-Kind-Kuren werden künftig Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenkassen sein.“ Als positiv wertete Kramme auch, dass private Unfälle, die die Union aus der GKV streichen wollte, weiterhin zum Leistungskatalog gehörten. „Lediglich die Kosten selbstverschuldeter Behandlungsnotwendigkeiten, wie nach Schönheitsoperationen, Tätowierungen oder Piercings, müssen die Versicherten in Zukunft selbst tragen.“

Künftig habe jeder ein Rückkehrrecht zu seiner früheren Versicherung, wenn er seinen Versicherungsschutz verloren habe, weil er beispielsweise die Beiträge nicht zahlen konnte. „Dieses Rückkehrrecht gilt nicht nur für gesetzlich Krankenversicherte, sondern auch für ehemals privat Versicherte.“

Anette Kramme sparte jedoch auch nicht mit Kritik an den Eckpunkten der Gesundheitsreform. So hätte die Private Krankenversicherung (PKV) stärker in die Pflicht genommen werden müssen, was jedoch gegenüber der Union nicht durchsetzbar gewesen sei. Durch den Rückgang der Löhne und Gehälter sowie die andauernd hohe Arbeitslosigkeit reiche die bisherige Finanzierungsgrund-

lage für die Gesundheitsleistungen nicht mehr aus. „Auch die PKV muss in die solidarisch zu tragenden Lasten einbezogen werden“, meinte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete.

Große Bedenken hegte Kramme auch gegenüber dem geplanten Gesundheitsfonds und sprach damit den Zuhörern aus der Seele, wie die spätere Diskussion zeigte.

In Zukunft sollen die Krankenkassenbeiträge zentral eingezogen und einem Gesundheitsfonds zugeführt werden. Der Gesetzgeber lege die Höhe der Beiträge fest. Auch die Steuermittel, mit denen die Versicherungsleistungen der Kinder finanziert werden sollen, fließen laut Kramme diesem Fonds zu. „Jede Krankenkasse erhält daraus pro Mitglied eine Pauschale. Berücksichtigt werden dabei die Alters- und Sozialstruktur der Versicherten sowie deren Krankheitsrisiken.“ Arbeite eine Krankenkasse besonders wirtschaftlich, habe sie die Möglichkeit, beispielsweise Beiträge zurückzuerstatten, erläuterte Kramme. „Kommt sie mit dem Geld jedoch nicht hin, kann sie von ihren Versicherten einen zusätzlichen Beitrag verlangen.“ Dieser dürfe maximal ein Prozent des Haushaltseinkommens des Versicherten ausmachen.

In der Diskussion wurde insbesondere der Gesundheitsfonds scharf kritisiert. „Der geplante Fonds bedeutet eine Zerschlagung des funktionierenden Einzugsverfahrens der Sozialversicherungen und führt zum Aufbau weiterer Bürokratie“, so eine Wortmeldung aus dem Publikum. Weiterhin wurde befürchtet, dass zahlreiche Arbeitsplätze bei den Krankenkassen auf der Strecke blieben. „Für die SPD waren im Rahmen einer Großen Koalition weitere Kompromisse nicht möglich. Allerdings sollte versucht werden, wenn es zum Fonds kommt, dass dieser bei den Krankenkassen angesiedelt wird“, forderte Wolfgang Kern, Vorsitzender der Bayreuther SPD-Stadtratsfraktion.

MdB Anette Kramme & MdL Dr. Christoph Rabenstein: Aktion „Bewerben – aber richtig!“

PRESSEMITTEILUNG

**Aktion „Bewerben – aber richtig!“
Abgeordnete engagieren sich für junge Menschen
bei der Ausbildungsplatzsuche**

Rund 150 junge Menschen strömten am vergangenen Samstag ins Bayreuther Gemeindehaus Altstadt. Ihr Ziel: Die Aktion „Bewerben – aber richtig“, die die beiden Abgeordneten Anette Kramme und Dr. Christoph Rabenstein durchgeführt haben. „Wir wollen Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unter die Arme greifen.“

Die Ausbildungssituation in Oberfranken sei äußerst schwierig, so die einhellige Meinung der beiden Bayreuther Abgeordneten. „Mit 1.478 gemeldeten Ausbildungsstellen und 3.051 Bewerberinnen und Bewerbern standen im abgelaufenen Ausbildungsjahr rechnerisch 100 Interessenten nur 48 Stellen gegenüber. In 2004/2005 hatten wir noch ein Verhältnis von 100:53“, erläuterte die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Und MdL Dr. Rabenstein ergänzte: „Im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken hat Oberfranken die wenigsten Lehrstellen im Angebot.“

(Fortsetzung auf Seite 10)

DER ROTE FADEN

(Fortsetzung von Seite 9)

Wir müssen alles unternehmen, damit die jungen Leute Chancen bekommen, hier in Oberfranken eine Ausbildung zu machen und anschließend auch hier bleiben zu können.“ Auf der einen Seite – so MdB Kramme – sei natürlich die Wirtschaft gefragt. Sie wolle jedoch auch die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen. „Und auch die jungen Leute selbst müssen ihren Teil tun“, forderte MdB Kramme.

Verteilt über die verschiedenen Räumlichkeiten des Gemeindezentrums konnten sich die jungen Menschen umfassend informieren. Während des ganzen Aktionstages liefen Kurzvorträge zu bewerbungsrelevanten Themen. An Informationsständen bestand die Möglichkeit, sich beraten zu lassen und Informationsmaterial zu erhalten.

„Einen überragenden Ansturm erlebten die individuellen Trainings- und Beratungsgespräche. Eine große Zahl an Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Personalverantwortlichen aus der Region konnten wir für diese persönlichen Gespräche unter vier Augen gewinnen“, freuten sich Kramme und Dr. Rabenstein. Jugendliche aus Stadt und Landkreis Bayreuth nutzten die Gelegenheit, ihre Bewerbungsunterlagen durchsehen zu lassen und ein Bewerbungsgespräch zu simulieren. Dazu gab es anschließend ein Feedback und soweit nötig auch konstruktive Ratschläge zur Verbesserung.

„Ein ganz dickes Lob gebührt den jungen Menschen, die an einem freien Tag her gekommen sind, um ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Engagement und Eigeninitiative heißen die Zauberwörter für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben“, so die beiden Abgeordneten.

Auch die jungen Leute, die zum größten Teil von ihren Eltern begleitet wurden, waren von der Aktion begeistert: „Wir haben heute viel gelernt und sind einer Ausbildungsstelle ein gutes Stück näher gekommen!“, lautete übereinstimmend der Tenor.

Bayreuth, den 22.11.2006

Jusos & MdB Anette Kramme: Politikcheckaktion 2006

PRESSEMITTEILUNG

Politik hautnah erleben

Kramme startet mit Juso-Hochschulgruppe Politikcheckaktion an der Uni Bayreuth

„Bayreuther Studenten sollen die Möglichkeit erhalten, Politik hautnah zu erleben und insbesondere mich, die Arbeit der SPD im Bundestag sowie engagierte Studenten vor Ort kennen zu lernen“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Daher beteilige sie sich an der Politikcheckaktion 2006 der SPD-Bundestagsfraktion, erläutert die Parlamentarierin.

Die Aktion startet derzeit in mehr als 25 Universitäts- und Hochschulstandorten in Deutschland. Überall, wo Studierende sich treffen, ob in der Mensa, auf dem Campus oder in Szenekneipen, kursieren in diesen Tagen blaue Postkarten mit einem Angebot der besonderen Art. Studentinnen und Studenten, die diese Karte an die SPD-Bundestagsfraktion zurückschicken, erhalten nicht nur ein Start-up-Paket mit Informationen fürs Studium und Informationen über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion; sie werden darüber hinaus von den örtlich zuständigen Bundestagsabgeordneten zu exklusiven Veranstaltungen eingeladen: In Bayreuth sind eine Stadtführung 11.11.2006 unter dem Titel „Markgräfin Wilhelmine, Wagner, Bartwürste, Bier & Co“ geplant sowie ein Info-Abend am 04.12.2006 zum Thema „Karriere im Berufsfeld Politik“. Anette Kramme arbeitet bei der Aktion eng mit der Bayreuther Juso-Hochschulgruppe

zusammen. „Wir als Studierende sind in der Vergangenheit oft Gegenstand von für uns negativen Entscheidungen geworden. Studiengebühren und studentische Mitbestimmung sind hier nur zwei Beispiele. Für uns Studierende ist es wichtig zu versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungsträger zu nehmen“, so Claudius Schönherr, Mitglied der Juso-Hochschulgruppe Bayreuth. Die Politikcheckaktion biete, so Schönherr, dafür einen guten Einstieg, insbesondere für bisher noch Unentschlossene.

„Ich hoffe, dass es mit der Politikcheckaktion gelingt, junge Menschen wieder mehr für Politik zu interessieren. Auch möchte ich Vorurteile gegenüber Politikern abbauen und vielleicht den einen oder die andere für eine Mitarbeit gewinnen“, so die Abgeordnete. Um in den Genuss der Politikcheck-Angebote zu kommen, müssen die Studierenden lediglich eine der Politikcheck-Postkarten, die an der Uni verteilt werden, ausfüllen und zurücksenden. Eine Anmeldung ist aber auch über die Homepage der Aktion www.politikcheck2006.de möglich. Dort sind auch alle weiteren Informationen und die Angebote vor Ort aufgeführt.

Bayreuth, den 25.10.2006

MdB Kramme im Dialog mit Bayreuther Studierenden

Rund 80 Studierende folgten der Einladung der Juso-Hochschulgruppe der Uni Bayreuth zu einem Info-Abend „Karriere im Berufsfeld Politik“. Die Veranstaltung gehörte zur „Politikcheck-Aktion“, die ein Projekt der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme exklusiv für alle interessierten Studierenden ist. „Auf diese Weise kann man Politik und deren Akteure hautnah, aber auch mal aus einem anderen Blickwinkel kennen lernen“, erklärte MdB Kramme den Aktions-Hintergrund. Claudius Schönherr, Mitglied der Juso-Hochschulgruppe, freute sich über das große Interesse an dieser Veranstaltung. „Auch wenn das Studierende für den einen oder die andere noch in weiter Ferne liegt, rechtzeitiges Informieren ist heutzutage unerlässlich.“

Anette Kramme startete mit der Vorstellung ihres ganz persönlichen Werdegangs. „Bundestagsabgeordnete fällt einem sicherlich als typischer Beruf in der Politik ein, aber aufgrund der begrenzten Zahl der Abgeordneten in Deutschland steht diese Tätigkeit nur sehr wenigen offen.“ Die Abgeordnete stellte Karrieremöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene vor. „Da kann es schon mal sein, dass eine Stellenausschreibung des Ministeriums nur zu 98% auf einen zutrifft und schon ist man chancenlos – trotz Promotion und Topnoten.“ Thematisiert wurden aber auch Bereiche, an die man nicht sofort denkt, wie z.B. Tätigkeiten bei Verbänden und Krankenkassen. „Berufsstart in einer Krankenkasse, heute Abteilungsleiter in einem Ministerium – das gibt es eben auch.“

Als lebendiges Beispiel für einen Beruf in der „2. Reihe“ hatte MdB Kramme ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin Anne Siebald mitgebracht, die ebenfalls den Studierenden Rede und Antwort stand. „Wie wichtig sind Praktika? Welche Dauer sollten sie haben? Wo kann ich mich bewerben?“ waren einige der unzähligen Fragen.

Ob beide nicht lieber die Tätigkeit des jeweils anderen machen würden, wollte ein Student wissen. Da waren sich die Abgeordnete und ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin aber einig: Eigene Erfahrungen auf der „anderen Seite“ haben beide nicht. Und da ihnen ihre Berufe gefallen, wollen sie auch nicht tauschen.

Bayreuth, den 06.12.2006

MdB Anette Kramme: Ausstellung „Barrierefrei bauen“ der Bayerischen Architektenkammer

MdB Kramme: „Behindert ist man nicht, behindert wird man“

Wanderausstellung „Barrierefrei bauen“ in der AOK

„Die Zukunft der Architektur ist alters- und behindertengerecht“, so Klaus Knorr, Direktor der AOK Bayreuth-Kulmbach, in seiner Begrüßung bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Barrierefrei bauen“ der Bayerischen Architektenkammer. Die Ausstellung sei daher nicht nur für einen Teil der Gesellschaft wichtig, sondern für die Gesellschaft als Ganzes.

Nach Bayreuth wurde die Wanderausstellung von der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme geholt. „Behindert ist man nicht, behindert wird man“, so die Abgeordnete in ihrem Grußwort. Der Mensch dürfe sich nicht seiner Umgebung anpassen müssen, sondern die Umgebung müsse sich dem Menschen anpassen, forderte MdB Kramme. Die Bundestagsabgeordnete verwies in ihrem Grußwort auf das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen. Dies zeige, dass mehr und mehr ein Bewusstsein für die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Bereiche entstehe. „Doch Rechtsvorschriften greifen nur dann vollständig, wenn sie auch die Unterstützung der Bevölkerung erfahren“, so Kramme und forderte jeden Einzelnen auf, etwas für eine barrierefreie Umgebung zu tun. „Die bloße Verkündung von Chancengleichheit und die Verabschiedung von Gesetzen sind ein richtiger Schritt. Aber genauso müssen auch Änderungen beim Verhalten und der Mentalität der Menschen bewirkt werden.“

Gerhard Beck, ein Nürnberger Architekt und freier Mitarbeiter der Bayerischen Architektenkammer, führte in die Ausstellung ein. Inhaltlich befasst sich diese mit dem Tagesablauf von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen oder beispielsweise Eltern mit Kindern. Auf 16 Schautafeln wird verdeutlicht, mit welchen Hindernissen sich Betroffene täglich konfrontiert sehen und wie diese mit einfachen architektonischen Mitteln behoben werden können. Werden bereits bei der Planung barrierefreie Elemente berücksichtigt, bietet dies betroffenen Menschen ein Mehr an Lebensqualität. Dadurch wird ihnen gleichzeitig eine leichtere Integration in die Gesellschaft ermöglicht.

Die Ausstellung kann bis einschließlich 22.12.2006 im Foyer der AOK Bayreuth besucht werden. Öffnungszeiten: Mo., Di., Mi. 8-16.30 Uhr, Do. 8-17.30 Uhr und Fr. 8-15 Uhr.

Bayreuth, den 11.12.2006

MdB Anette Kramme zum Thema

Rede von MdB Anette Kramme in der 58. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2006 zum Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Kerstin Andreae, Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Arbeit in Armut verhindern“ (Drucksache 16/2978)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Lafontaine,

ich erinnere mich nur sehr ungern an Ihre Zeit als Finanzminister,

(Zuruf von der FDP: Wir auch!)

das Amt, das Sie als Bettvorleger verlassen haben. Früher haben Sie wenigstens noch argumentiert, heute sind Ihre Darstellungen nur noch billig. Sie praktizieren den Populismus, den Sie uns vorwerfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Als Vorsitzenden habt ihr ihn gewählt!)

Meine Damen und Herren, hören Sie genau zu: Wer heute Mindestlöhne fordert, kann morgen den Brotpreis durch den Staat festlegen lassen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist genau die Konsequenz!)

Raten Sie einmal, wer diesen skandalösen Satz gesagt hat. Das war Guido Westerwelle. An sich möchte man sagen: Wer sonst?

(Zuruf: Niebel!)

- Meinetwegen Sie auch, Herr Niebel!

(Dirk Niebel [FDP]: Rainer Brüderle hat das auch schon gesagt!)

Wer solche Sprüche klopft, der liebt die Menschen nicht, sondern verachtet sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der FDP: Oh!)

Lassen Sie mich eine kurze Zeitreise machen. Am 18. Oktober 1961 hat Deutschland zusammen mit anderen Mitgliedstaaten des Europarates die Europäische Sozialcharta unterzeichnet. Darin geht es auch um den Anspruch auf einen gerechten Verdienst. Mit Art. 4 verpflichteten sich die Vertragsparteien damals, das Recht der Arbeitnehmer auf ein Arbeitsentgelt anzuerkennen, welches ausreicht, um ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Heute, fast auf den Tag genau 45 Jahre später, setzen wir uns mit ebendiesem Punkt wieder auseinander.

Gesetzliche Mindestlöhne gelten in 18 von 25 Mitgliedstaaten der EU. Deutschland ist eines der wenigen Länder ohne Mindestlohn und auch ohne Mindestlohnäqui-

valent. In Skandinavien beispielsweise ist ein gesetzlicher Mindestlohn nicht vonnöten; denn dort herrscht - glücklicherweise - ein gewerkschaftlicher Organisationsgrad von 80 bis 90 Prozent. Oder nehmen wir Österreich als Beispiel: Dort gibt es eine Tarifbindung von 98 Prozent durch die Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der Wirtschaftskammer. In Italien beträgt die durch die Verfassung abgesicherte Tarifbindung 90 Prozent.

Im Frühjahr 2004 hat die SPD die Debatte über existenzsichernde Löhne öffentlich angestoßen. Die Diskussion hält seitdem an. Die Bundesregierung hat angekündigt, noch in diesem Jahr einen Vorschlag dafür zu unterbreiten, wie im Bereich der existenzsichernden Löhne weiter verfahren werden soll. Schon heute werden wir durch den vorliegenden Antrag mit einigen wahrlich kreativen Ideen zu diesem Thema erfreut. Meine Damen und Herren von der Linken, ich hoffe, dass Ihr heutiger Antrag ernst gemeint und nicht wieder nur eine Farce ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in zahlreichen Studien wird belegt, dass der Niedriglohnsektor wesentlich größer geworden ist. In allen Studien wird auf zwei übereinstimmende Fakten hingewiesen:

Erstens sind im Niedriglohnsektor Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwerbstätig. Das Institut für Arbeit und Technik geht davon aus, dass 6 Millionen Menschen und damit knapp 21 Prozent aller Beschäftigten Niedriglöhne erhalten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung gibt eine ähnliche große Dimension an. Auch die Uni Frankfurt kommt in einer Untersuchung zum dem Schluss, dass 20 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten als prekär einzustufende Löhne haben.

Zweitens ist es in den letzten Jahren zu einem starken Anstieg der Beschäftigung im Niedriglohnbereich gekommen. So stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB, für die Jahre 1997 bis 2001 einen Anstieg der Beschäftigung im Niedriglohnbereich von 15,6 Prozent auf 17,4 Prozent fest. Eines dürfte durch diese Zahlen belegt werden: Relevant ist schon lange nicht mehr das Ob eines Mindestlohnes, sondern vielmehr das Wie.

Die SPD hat ihre Beschlüsse gefasst. Wir favorisieren ein zweistufiges Modell, um sicherzustellen, dass die Menschen, die in Vollzeit arbeiten, davon auch leben können.

Erste Stufe. Die Lohnfindung ist in Deutschland vor allen Dingen eine Angelegenheit der Tarifvertragsparteien.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb sprechen wir uns für eine Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche aus, um hierdurch branchenbezogene Mindestlöhne zu erreichen, wie dies im Baugewerbe mit großem Erfolg praktiziert wird. Ich sage ganz klipp und klar: Die im Koalitionsvertrag getroffene Festlegung ist nicht ausreichend.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Was folgt denn daraus?)

Zweite Stufe. Für Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder in denen diese nicht greifen, und für Branchen, in denen in den Tarifverträgen ein gewisses Niveau des Mindestlohnes unterschritten wird, wird ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn eingeführt. Die Einführung erfolgt in einem definierten Übergangszeitraum. Es dürfte dabei falsch sein, wenn der Gesetzgeber den Mindestlohn unmittelbar selbst festlegt, nach dem Motto: Darf es ein bisschen mehr sein, wenn Wahlen anstehen, und ein bisschen weniger, wenn gerade keine Wahlen vor der Tür stehen. - Der Bundestag ist kein Basar, auf dem um die Entgelte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gefeilscht werden darf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten uns deshalb an der britischen Low Pay Commission orientieren. Es ist schön, dass auch die Damen und Herren der Linken dies zumindest im Ansatz erkannt haben.

(Andrea Nahles [SPD]: Aber!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird insbesondere von der FDP immer wieder behauptet, Mindestlöhne würden schaden und zu einem drastischen Arbeitsplatzabbau führen.

(Jörg van Essen [FDP]: Genauso ist es! - Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ja, das ist wahr!)

Das ist blanker Unsinn und Panikmache. Nichts weiter!

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ach, Sie wissen das? Wie viele Arbeitsplätze haben Sie in Ihrem Leben denn schon geschaffen?)

In Großbritannien zum Beispiel wurde der gesetzliche Mindestlohn seit seiner Einführung im Jahre 1999 um 40 Prozent erhöht.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie hoch sind denn die Gesamtarbeitskosten?)

Im gleichen Zeitraum ging die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent zurück. Auch durch die Anhebung des Minimum Wage in San Francisco im Jahre 2004 auf 8,50 Dollar wurden laut einer Evaluierung keine negativen Beschäftigungseffekte ausgelöst.

Noch ein Wort zur Bundestagsfraktion der FDP. Sie bezeichnen Mindestlöhne als maximalen Unsinn.

(Dirk Niebel [FDP]: Ja!)

Ihre Anhänger sind klüger. Die Zahl der Befürworter eines Mindestlohns unter Ihren Anhängern ist in den vergangenen fünf Monaten um 8 Prozentpunkte auf 44 Prozent angestiegen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Was Sie alles wissen!)

Nur noch 49 Prozent lehnen eine gesetzliche Regelung des Mindestlohnes ab. Dies entspricht einer Abnahme von 9 Prozentpunkten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Deutschen Bundestag ist es Zeit für Mindestlohnregelungen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

PRESSEMITTEILUNG

Alter Wein in neuen Schläuchen! Oberfränkische SPD-Abgeordnete kritisieren Rüttgers-Vorstoß

Die drei oberfränkischen Bundestagsabgeordneten Anette Kramme, Petra Ernstberger und Dr. Carl-Christian Dressel (SPD) kritisieren den von Jürgen Rüttgers (CDU) gemachten Vorstoß zum Arbeitslosengeld I (ALG I): „Rüttgers verkauft alten Wein in neuen Schläuchen und versucht unter dem Deckmantel des Sozialen Leistungskürzungen durchzusetzen.“

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident schlug vor, bei 40 Beitragsjahren künftig 24 Monate ALG I statt wie momentan 18 Monate zu zahlen. Der Vorschlag klinge auf den ersten Blick ganz vernünftig, so die drei Abgeordneten. Doch lohne sich – wie immer bei Rüttgers - der Blick aufs Kleingedruckte: „Schon 2004 hatte die CDU bei ihrem Parteitag einen ähnlichen Vorschlag zur Verlängerung des ALG I beschlossen. Damals war die Union aber noch in der Opposition und die Finanzierbarkeit war ihr egal“, so die SPD-Abgeordneten Kramme, Ernstberger und Dr. Dressel.

Die Abgeordneten weisen vielmehr darauf hin, dass die von der Union vorgeschlagene Staffelung insbesondere Frauen, junge Familien und auch ältere Arbeitslose benachteilige. Die Ausweitung der Bezugsdauer für ältere Arbeitslose koste mindestens 700 Millionen Euro. „Nachdem Rüttgers keine zusätzlichen Mittel in die Arbeitslosenversicherung stecken will, muss das Geld woanders gespart werden - also bei den Menschen, die weniger als 10 Jahre am Stück in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben“, erklären die oberfränkischen SPD-

Abgeordneten. Statt 12 Monaten Arbeitslosengeld solle es für diese Menschen dann nur noch 6 Monate geben.

Außerdem brauche sich der Versicherungsschutz auf, kritisieren Kramme, Ernstberger und Dr. Dressel den Vorschlag Rüttgers. Wer irgendwann einmal Arbeitslosengeld in Anspruch genommen habe, fange wieder bei Null an und komme nie in den Genuss der 24 Monate Arbeitslosengeld. Wer nach einer Arbeitslosigkeit wieder einen Job gefunden habe, dann aber erneut arbeitslos werde, solle nach der Vorstellung Rüttgers nur 6 Monate Arbeitslosengeld erhalten. Er stünde also viel schlechter da als heute. „Rüttgers Vorschlag ist damit nicht nur unsozial, er ist auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch völlig unseriös und falsch“, so die Bundestagsabgeordneten.

Als vollkommen inakzeptabel bezeichnen Kramme, Ernstberger und Dr. Dressel den von Rüttgers geforderten Verwandtenrückgriff. Wird z. B. ein 51-Jähriger arbeitslos, soll ihm nach dem Bezug von ALG I nur ALG II gewährt werden, wenn weder seine 30-jährigen Kinder noch seine Rentner-Eltern ihn unterstützen können. Erst gehe es an die Sparbücher der eigenen Eltern und die Konten der Kinder, bevor Arbeitslose künftig ALG II bekommen. Damit wird die Unterstützung für Langzeitarbeitslose faktisch abgeschafft. „Das alles sagt Herr Rüttgers nur hinter vorgehaltener Hand“, so die drei oberfränkischen Bundestagsabgeordneten.

Bayreuth, den 14.11.2006

PRESSEMITTEILUNG

Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit ist durchlöchert

Als vollkommen haltlos bezeichnet die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landesgruppe, MdB Anette Kramme, die Vorwürfe von CSU-Generalsekretär Markus Söder:

„Der Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit, den sich die Union überziehen will, ist durchlöchert und nicht zu gebrauchen. Über die Finanzierung verlieren weder Rüttgers noch Söder ein Wort. Die Ausweitung der Bezugsdauer für ältere Arbeitslose kostet mindestens 700 Millionen Euro. Wie soll die Gegenfinanzierung aussehen? Nachdem Rüttgers keine zusätzlichen Mittel in die Arbeitslo-

senversicherung stecken will, muss innerhalb des Systems gespart werden.

Die Union hatte schon 2004 vorgeschlagen, das Arbeitslosengeld I nach der Versicherungsdauer zu staffeln. Längere Bezugszeiten werden danach nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit ununterbrochenen Erwerbsbiografien vorbehalten. Menschen, die weniger als 10 Jahre am Stück in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, sollen statt 12 Monaten Arbeitslosengeld nur noch 6 bis 9 Monate lang erhalten. Außerdem soll sich der Versicherungsschutz aufbrauchen.

Wer irgendwann einmal Arbeitslosengeld in Anspruch genommen hat, fängt folglich wieder bei Null an und kommt nie in den Genuss der 24 Monate Arbeitslosengeld. Dadurch schützt diese Konzept gerade die Menschen am wenigsten vor den Risiken des Arbeitsmarktes, die hierauf am meisten angewiesen sind: zum Beispiel Frauen und Männer mit Berufspausen infolge von Erziehungszeiten oder junge Menschen, die gerade erst ins Arbeitsleben starten.“

Bayreuth, den 16.11.2006

Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

PRESSEMITTEILUNG

Förderung der Gemeinnützigkeit erhalten

Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme spricht sich klar gegen mögliche Einschnitte bei der steuerlichen Förderung der Gemeinnützigkeit aus. Entsprechende Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums bezeichnet Kramme als einen „Angriff auf das Ehrenamt“. Eine steuerliche Verschlechterung hätte verheerende Folgen auf die Motivation ehrenamtlich Engagierter, so MdB Kramme. In einem Gutachten rät der Beirat der Regierung, Steuerbegünstigungen für gemeinnützige Zwecke deutlich einzuschränken. So sollen nach dem Willen der Experten unter anderem künftig weniger gemeinnützige Tätigkeiten steuerlich begünstigt sein, weniger Einrichtungen von der

Körperschaftsteuer befreit und die Abzugsfähigkeit von Spenden eingeschränkt werden. Laut Kramme gebe es für die Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats im Bundestag keine Mehrheit. Fraktionsübergreifend sei das Gutachten auf heftige Kritik gestoßen. Auch seitens Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wurde bereits versichert, dass man „keinen einzigen Euro Mehreinnahmen erzielen“ wolle. „Wichtig ist es jedoch die häufig unübersichtlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht zu vereinfachen und deren Transparenz sicher zu stellen“, so Kramme.

Bayreuth, den 21.08.2006

PRESSEMITTEILUNG

Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Positive Signale für das Ehrenamt und das Bürgerschaftliche Engagement

Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme begrüßt die Gesetzesinitiative „Hilfe für Helfer“ zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Damit werde ein großer Schritt für die Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der über 23 Mio. Engagierten in Deutschland gegangen. „Wir wollen das Gemeinnützigkeitsrecht vereinfachen, transparenter machen und Wildwüchse beseitigen. Wir wollen durch eine steuerfreundliche Engagementpolitik motivieren, ermutigen und ermöglichen“, erklärt MdB Kramme das Ziel der Reform.

Die geplante Vereinheitlichung und Erhöhung der Spendenabzugsfähigkeit auf 20 % sei mehr als viele Vereine erwartet haben. „Wir erhoffen uns dadurch, dass die Spendenbereitschaft sich weiter erhöht. Damit setzen wir eine langjährige Forderung der SPD aus der Enquete Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ ebenso um wie durch die Anhebung der Steuerfreigrenze für die wirtschaftliche Betätigung von Vereinen von 30.678 Euro auf 35.000 Euro.“

Auch die Übungsleiter könnten sich laut Kramme freuen: „Wir erhöhen den Übungsleiterfreibetrag von jährlich 1.848 Euro auf 2.100 Euro. Mit diesen verbesserten finanziellen Rahmen unterstützen wir die soziale und integrative Arbeit in den Vereinen, sei es im Sport, in der Kultur, bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem THW, den Hilfsdiensten oder bei den pädagogischen Betreuern im Jugendbereich.“ Durch die Möglichkeit der Ermäßigung der Einkommenssteuer für Engagierte um 300 Euro werde zudem ein deutliches Bekenntnis und eine sichtbare Form der Anerkennung gesetzt, für alle, die Verantwortung für sich und andere übernehmen und durch ihren unentgeltlichen und freiwilligen Einsatz die Gesellschaft bereichern. Weiterhin sei vorgesehen, durch die Anhebung des Höchstbetrages für die Kapitalausstattung von Stiftungen von 307.000 auf 750.000 Euro die Arbeit von Stiftungen zu erleichtern.

„Diese Gesetzesinitiative ist ein positives Signal an das Ehrenamt, die Vereine, Stiftungen und Institutionen des Dritten Sektors. Sie stellt die Weichen für mehr Engagement in unserer Gesellschaft“, meint Kramme abschließend.

Bayreuth, den 06.12.2006

Schließung von Postfilialen im ländlichen Raum

„Schluss mit der Makulatur“!

Die Deutsche Post will bis Ende des Jahres insgesamt 200 der etwa 5.400 eigenbetriebenen Postfilialen in das Post-Partnerfilialenformat umwandeln. Dabei werden die Leistungen durch einen Kooperationspartner – zumeist lokale Einzelhändler oder in Supermärkten, Tankstellen usw. – mit angeboten. Davon betroffen war auch die Filiale in Bindlach.

Besorgt zeigt sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme über den fortdauernden Serviceabbau im Bereich der Deutschen Post. „Besonders im ländlichen Raum sind die Bürgerinnen und Bürger auf eine ausreichende postalische Grundversorgung angewiesen“, so die Abgeordnete. Im Landkreis Bayreuth sei vermehrt die Tendenz zu beobachten, dass die Post das Serviceangebot kürze. So werde es beispielsweise in einigen Städten und Gemeinden, wie Pottenstein oder Altenplos, keine Postbankdienstleistungen mehr geben. „Die Post setzt sich damit einmal mehr über die Interessen der Kunden im ländlichen Raum hinweg“, meint MdB Kramme.

Kritikwürdig seien auch die Äußerungen des Brief-Vorstandes der Deutschen Post AG, Hans-Dieter Petram, der jüngst verlauten ließ, er halte den Universaldienst im jetzigen Umfang für einen Anachronismus aus alten Behördenzeiten.

„Dann soll die Deutsche Post endlich Schluss machen mit ihrer Makulatur und ein handfestes Konzept für unsere Region vorlegen“, fordert die Bayreuther Bundestagsabgeordnete.

Bayreuth, den 19.09.2006

Verbraucherschutz – Forderung nach Rücktritt Schnappaufs

PRESSEMITTEILUNG

**„Schnappauf muss seinen Hut nehmen“
Oberfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete fordern den Rücktritt des bayerischen
Verbraucherschutzministers**

Nachdem „Gammelfleisch“ nun auch in einem Betrieb im Landkreis Hof entdeckt wurde, wird die Kritik in Oberfranken am bayerischen Verbraucherschutzminister Werner Schnappauf schärfer. „Der Auftritt des Ministers in der Sondersitzung des Bundestagsausschusses für Ernährung Landwirtschaft und Verbraucherschutz war so erschütternd und hochgradig peinlich, dass der Verbleib Schnappaufs im Amt nicht mehr länger hinnehmbar ist“, erklären die drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Carl-Christian Dressel, Petra Ernstberger und Anette Kramme. Bayern sei seit Jahren immer wieder in ernsthafte Lebensmittelskandale verstrickt, das müsse nun endlich Konsequenzen haben. „Minister Schnappauf muss zurücktreten“, fordern die drei Parlamentarier.

Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer führte den bayerischen Minister im Ausschuss ohne Wenn und Aber vor. „Er machte deutlich, dass Schnappauf weder seinen Aufgaben nachgekommen ist, was die Zusammenarbeit und die Koordination mit dem Bundesministerium betrifft, noch was die Organisation der Lebensmittelkontrollen vor Ort betrifft“, so Dressel, Ernstberger und Kramme. Es sei auch deutlich geworden, dass der Skandal nicht etwa Folge des Fehlverhaltens einzelner Mitarbeiter gewesen sei, sondern die Folge von kriminellen

Handlungen der so genannten Fleischmafia, der das bayerische Kontrollwesen nichts entgegen zu setzen habe. Leidtragende seien nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die bayerischen Bauern und die Lebensmittelbranche, die durch den Skandal massive wirtschaftliche Einbußen davon tragen werden.

Die von Verbraucherschutzminister Schnappauf eingesetzte Task-Force in Erlangen und Oberschleißheim halten die drei oberfränkischen SPD-Abgeordneten für zu wenig. Hier habe sich erneut gezeigt, dass Schnappauf die organisatorischen Abläufe in seinem Zuständigkeitsbereich nicht kenne. „Notwendig wäre eine Spezialeinheit am Standort Kulmbach gewesen, um unter anderem das erforderliche Know-how der Bundesanstalt für Fleischforschung nützen zu können“, so Dressel, Ernstberger und Kramme.

Die drei Bundespolitiker sehen den bayerischen Verbraucherschutzminister nach zahlreichen Skandalen als nicht mehr tragbar an. Der Gammelfleischskandal habe das Fass nun zum Überlaufen gebracht. „Schnappauf muss seinen Hut nehmen. Danach muss konsequent an einer wirklich wirksamen Lebensmittelkontrolle gearbeitet werden.“

Bayreuth, den 08.09.2006

PRESSEMITTEILUNG

„Gesetz längst überfällig“ / Scharfe Kritik an Schnappauf

Die oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Ernstberger (Hof), Anette Kramme (Bayreuth) und Dr. Carl-Christian Dressel (Coburg) begrüßen das heute vom Bundesrat verabschiedete Verbraucherinformationsgesetz als längst überfällige Grundlage, um Verbraucherinteressen mehr Gewicht zu verleihen. Gleichzeitig erneuern die drei Parlamentarier ihre scharfe Kritik am bayerischen Verbraucherschutzminister Werner Schnappauf (CSU), der, so wörtlich, „erst das Wasser abdreht, dann den Brand löschen will und schließlich bejammert, dass kein Wasser kommt“. Der Minister sei maßgeblich mitverantwortlich dafür, dass bereits zwei Anläufe der SPD für das Gesetz am Bundesrat gescheitert seien. „Sich dann hinzustellen

und über eine mangelnde gesetzliche Grundlage für einen besseren Schutz der Verbraucher zu klagen, ist besonders dreist und ein typisches Ablenkungsmanöver der Staatsregierung vom eigenen Versagen“, so Ernstberger, Kramme und Dressel.

Erst der Gammelfleischskandal in Schnappaufs Zuständigkeitsbereich habe auf Länderseite wieder Bewegung in die Diskussion um ein Verbraucherinformationsgesetz gebracht. Das Gesetz sieht eine Ausweitung der Möglichkeiten und Pflichten der Behörden des Bundes und der Länder zur Information der Öffentlichkeit über Missstände im Lebensmittel-, Futtermittel- und Bedarfsgegenstandsbereich vor. Bei Gesundheitsgefahren und Rechtsverstößen besteht auch

während laufenden Verwaltungsverfahren ein Recht auf Auskunft. Dazu die Abgeordneten: „Nur wenn die Konsumenten über die Qualität der Produkte informiert sind, kann Qualität nachgefragt werden und sich am Markt durchsetzen. Diesen Wettbewerbsvorteil gilt es zu nutzen, denn die Stärke der oberfränkischen Lebensmittelwirtschaft liegt in der Qualitätsproduktion. Das aber hat Schnappauf durch sein Verhalten konterkariert.“ Für den „Desinformationsminister“ sei es endlich an der Zeit, persönliche Konsequenzen aus den Geschehnissen der vergangenen Wochen zu ziehen, so die drei oberfränkischen Abgeordneten abschließend.

Bayreuth, den 22.09.2006

PRESSEMITTEILUNG

„Pannenminister Schnappauf muss gehen“

Oberfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete erneuern Forderung nach Rücktritt Schnappaufs

Die drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme, Petra Ernstberger und Dr. Carl-Christian Dressel bekräftigen ihre Forderung nach dem Rücktritt des bayerischen Verbraucherschutzministers. „Schnappauf ist mittlerweile ein Risiko für die oberfränkischen Verbraucherinnen und Verbraucher“, kritisieren die Abgeordneten. Bereits zum dritten Mal habe das Verbraucherschutzministerium nicht auf Hinweise aus der Bevölkerung auf Gammelfleisch-Fälle reagiert.

„Die Skandale in der jüngsten Vergangenheit haben das Problembewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium offensichtlich nicht sensibilisiert“, so Kramme, Ernstberger und Dr. Dressel. Letzte Woche hatte das Verbraucherschutzministerium einen anonymen E-Mail-Hinweis auf einen vermutlichen Gammelfleisch-Fall nicht aufgegriffen. Der Tipgeber wurde stattdessen zunächst aufgefordert, Angaben zu seiner Person zu machen.

„Schnappauf hat sein Ministerium nicht im Griff. Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Bauern und die Lebensmittelbranche, die durch die nicht aufgehörenden Skandale massive Einbußen davon tragen werden“, bringen es die Abgeordneten auf den Punkt und fordern: „Der Minister muss seinen Hut nehmen. Das Verbraucherschutzministerium braucht dringend einen neuen Kopf.“

Scharf kritisieren die Bundestagsabgeordneten in diesem Zusammenhang den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden. „Stoiber ist hier alles andere als konsequent. Vermutlich hat er Angst, dass ihm die oberfränkische CSU um die Ohren fliegt, wenn er Schnappauf abserviert.“ Dieses Zaudern gehe zu Lasten des Verbraucherschutzes, so Kramme, Ernstberger und Dr. Dressel abschließend.

Bayreuth, den 23.11.2006

Schutz der Sparkassen

PRESSEMITTEILUNG

Bundestag will Sparkassen schützen

„Wo Sparkasse drauf steht, muss auch Sparkasse drin sein“

Die Große Koalition will die Sparkassen vor Privatisierungen schützen. Wie Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) mitteilt, habe der Deutsche Bundestag am vergangenen Freitag in einem Antrag (Bundestagsdrucksache 16/2748) eindeutig Stellung zugunsten der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute bezogen. „Wir unterstützen die Bundesregierung in der andauernden Auseinandersetzung mit der EU-Kommission, die die deutschen Sparkassen mit ihrem geschützten Namen zur Privatisierung freigeben möchte“, erläutert die Abgeordnete. Die EU-Kommission sehe in dem bestehenden Bezeichnungsschutz einen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht. Die Eigentumsordnung der deutschen Sparkassen und ihr Namensschutz fielen laut Kramme jedoch ausdrücklich nicht in die Zuständigkeit der Europäischen Union. „Die nationalen Parlamente entscheiden selbst, ob Dienste im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse von öffentlichen oder privaten Unternehmen übernommen werden sollen. „Das gilt auch für das Kreditwesen, in dem die drei Säulen des deutschen Kreditwesens – (Privat)-Banken, Volksbanken und Sparkassen – definiert und deren Namen vor Missbrauch geschützt werden“, erläutert MdB Kramme. Wo Sparkasse draufstehe, müsse auch Sparkasse drin sein. Die Sparkassen und der

Verbund der Sparkassenfinanzgruppe sind mit rund 650 Unternehmen und über 377.000 Mitarbeitern der größte Anbieter und Arbeitgeber auf dem deutschen Bankenmarkt. Auch die oberfränkischen Sparkassen bieten mit ihren zahlreichen Geschäftsstellen ein flächendeckendes Angebot an Finanzdienstleistungen. Die Sparkassen seien laut Kramme der wichtigste Financier der mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Sie tragen mit ihrer lokalen Verwurzelung und regionalen Gebundenheit maßgeblich zur gleichmäßigen Entwicklung in Deutschland bei. „Manche Privatbanken spekulieren auf das solide gebaute und breit gefächerte Vertriebsnetz der Sparkassen. Aber verloren gegangenes Vertrauen bei den Privatkunden und der mittelständischen Wirtschaft müssen sich die Privatbanken schon selbst zurückverdienen. Und zwar nicht, indem sie einfach den Namen Sparkasse und das damit verbundene Renommee für sich nutzen“, erläutert die Abgeordnete ihre Position. Der Deutsche Bundestag unterstütze laut Kramme auch deshalb die Bundesregierung in ihren Anstrengungen, die Aushöhlung der bewährten Strukturen durch die EU-Kommission abzuwehren, weil die Sparkassen gemeinwohlorientiert arbeiten und ihre Gewinne zur Förderung von Kultur, Sport, Wissenschaft und Bildung verwenden.

Bayreuth, den 06.10.2006

PRESSEMITTEILUNG
Sparkassen bleiben in öffentlich-rechtlicher Hand

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme begrüßt die Einigung zwischen EU-Kommission und Bundesregierung im langjährigen Sparkassen-Streit und die damit verbundene Einstellung des Verfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland. Demnach bleibt Paragraf 40 des deutschen Kreditwesengesetzes (KWG) erhalten, wonach nur öffentlich-rechtliche Träger Sparkassen besitzen dürfen. Hintergrund des Streits war die Forderung der EU-Kommission, Sparkassen mit ihrem geschützten Namen zur Privatisierung frei zu geben.

MdB Kramme: „Wo Sparkasse drauf steht, bleibt auch Sparkasse drin. Die oberfränkischen Sparkassen mit ihrem flächendeckenden Angebot an Finanzdienstleistungen werden auch künftig im öffentlichen Eigentum stehen und daher nicht am maximalen Eigengewinn

arbeiten müssen. Sie sind vielmehr gemeinwohlorientiert tätig und verwenden ihre Gewinne daher gemeinnützig.

Die Sparkassen und der Verbund der Sparkassenfinanzgruppe sind mit rund 650 Unternehmen und über 377.000 Mitarbeitern der größte Anbieter und Arbeitgeber auf dem deutschen Bankenmarkt. Auch die oberfränkischen Sparkassen bieten mit ihren zahlreichen Geschäftsstellen ein flächendeckendes Angebot an Finanzdienstleistungen. Die Sparkassen seien laut Kramme der wichtigste Financier der mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Sie tragen mit ihrer lokalen Verwurzelung und regionalen Gebundenheit maßgeblich zur gleichmäßigen Entwicklung in Deutschland bei. „Sie sind und bleiben der Finanzpartner des Mittelstandes und somit unverzichtbar für Oberfranken“, so Kramme.

Bayreuth, den 12.12.2006

Verlegung der Familienkasse von Bamberg nach Schweinfurt

PRESSEMITTEILUNG

MdB Kramme schaltet sich bei Verlegung der Familienkasse ein

Die Verlegung der Familienkasse von Bamberg nach Schweinfurt hat auch die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme auf den Plan gerufen. „Was heißt das für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Wie wird die bürgernahe Betreuung und Beratung künftig sichergestellt?“, will die SPD-Politikerin wissen.

MdB Kramme hat sich deshalb an den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, gewandt und von ihm Aufklärung gefordert.

„Von besonderem Interesse ist es, wie sichergestellt werden soll, dass trotz der Verlegung nach Schweinfurt die Zahlungen zeitnah erfolgen werden und die Erreichbarkeit für persönliche Anfragen gewährleistet bleibt“, heißt es in Krammes Schreiben. Die Abgeordnete verweist in diesem Zusammenhang auf Probleme, die es bei

der Verlegung einer Familienkasse in der Oberpfalz gegeben haben soll. Anrufer seien in Telefonwarteschlangen hängen geblieben; Kindergeldzahlungen erfolgten deutlich zu spät, was insbesondere Alleinerziehende und einkommensschwache Familien extrem belastet habe. So sei ALG II-Empfängerinnen, die gerade ein Kind entbunden hatten, zwar sofort das Kindergeld von ihrem ALG II abgezogen worden, das Kindergeld wurde jedoch monatelang nicht gezahlt. „Eine Wiederholung solcher Zustände muss in jedem Fall vermieden werden“, meint MdB Kramme.

Ab 27.10.2006 soll der Kundenschalter in der Agentur für Arbeit Bamberg nicht mehr besetzt sein. „Bis dahin bleibt den Verantwortlichen noch Zeit für organisatorische Maßnahmen. Diese sollte auch tatsächlich genutzt werden“, fordert MdB Kramme.

Bayreuth, den 06.10.2006

PRESSEMITTEILUNG

Verlegung der Familienkasse im Fokus

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hat sich wegen der Verlegung der Familienkasse von Bamberg nach Schweinfurt an die Bundesagentur für Arbeit gewandt. „Was bedeutet diese Verlegung für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Wie wird die bürgernahe Betreuung und Beratung künftig sichergestellt?“, wollte die Abgeordnete wissen. Bernhard Faß, der Leiter der Familienkasse-Direktion, hat jetzt in einem Antwortschreiben Details zur Verlegung bekannt gegeben.

Skeptisch hatte sich MdB Kramme gezeigt, wie trotz des Umzugs die Zahlungen zeitnah erfolgen und die Erreichbarkeit für persönliche Anfragen gewährleistet bleiben. Nach Auskunft von Bernhard Faß hat die Familienkasse Bamberg vor der Zusammenlegung die Bearbeitungsrückstände so reduziert, dass möglichst wenig unbearbeitete Vorgänge an die Familienkasse Schweinfurt übergeben werden. Zudem kann die Familienkasse Schweinfurt befristete Arbeitskräfte beschäftigen, um den mit dem Umzug verbundenen Personalausfall aufzufangen. Alle Berechtigten, die Kindergeld beziehen oder innerhalb der letzten Monate bezogen haben, werden angeschrieben und über den Zuständigkeitswechsel, die neue Kindergeld-Nummer sowie die telefonische Erreichbarkeit informiert. „Dies ist der erste notwendige Schritt, um für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Klarheit zu schaffen“, erklärt Anette Kramme.

(Fortsetzung auf Seite 19)

(Fortsetzung von Seite 18)

„Wie sich die geplanten Maßnahmen in der Praxis bewähren, wird sich erst zeigen. Ich werde jedenfalls die Verlegung der Familienkasse von Bamberg nach Schweinfurt im Auge behalten“, so die Bundestagsabgeordnete. Inzwischen ist auch der Verbleib der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Familienkasse Bamberg geklärt. Wer von den Beschäftigten nicht im Tagespendelbereich wohne, müsse laut Bernhard Faß nicht nach Schweinfurt umziehen. „Sie werden im Bereich der Agentur für Arbeit in Bamberg verbleiben können.“

Bayreuth, den 25.10.2006

PRESSEMITTEILUNG

Nüchterne Antwort der KVB

Die Reaktion der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) auf das Schreiben der Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordneten fällt nüchtern aus. Die Abgeordnete hatte sich nach Bekanntwerden des geplanten Stellenabbaus bei der Bezirksstelle Oberfranken an den Vorstandsvorsitzenden Dr. Axel Munte gewandt und die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen scharf kritisiert. Klar machte Dr. Munte gegenüber der Abgeordneten, dass die Bezirksstelle in Bayreuth nicht aufgelöst und weiter ihre Service- und Beratungsfunktion ausüben werde. „Mit wie vielen Mitarbeitern dies künftig geschehen soll, wird jedoch mit keiner

Silbe erwähnt“, ergänzt MdB Kramme. „Auch der Zukunft der ausscheidenden Beschäftigten widmet sich die KVB mit keinem Wort.“ Die von der KVB selbst genannte „soziale Verantwortung“ könne sie nicht erkennen. „Für eine Teilzeitkraft steht eine Fahrzeit von 3 bis 6 Stunden täglich in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zur Arbeitszeit“, kritisiert Anette Kramme, die die Pläne der KVB als unzumutbar bezeichnet. Argumente für eine Zentralisierung fast aller Aufgaben auf drei Standorte lieferte der Vorstandsvorsitzende Dr. Munte der Bayreuther Abgeordneten nicht. In dem Schreiben heißt es lediglich: „Durch diese Maßnahme

werden wir kürzere Entscheidungs- und Abstimmungswege erhalten und damit niedrigere Kosten, als wenn an jedem Standort der KVB eine eigenständige operative Organisationseinheit verbliebe.“ Die bereits in der Vergangenheit durchgeführte Konzentration von Aufgaben auf ein bis zwei Standorte habe gezeigt, dass mit Einsparungen zu rechnen sei. MdB Kramme will sich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben und sich weiterhin für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Bezirksstelle Bayreuth einsetzen.

Bayreuth, den 22.11.2006

Umbau der Bundespolizei

PRESSEMITTEILUNG

Bundespolizei: MdB Kramme hakt im Innenministerium nach

Der von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble geplante Umbau der Bundespolizei sorgt auch in Bayreuth für Unruhe. Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hat sich daher nun an das Innenministerium gewandt und weitere Informationen angefordert.

Angedacht ist es, die deutschlandweit fünf Bundespolizeipräsidien künftig zu einem Bundespolizeipräsidium zusammenzufassen. Auch die Bundespolizeiamter sollen regional konzentriert und zu Bundespolizeidirektionen aufgewertet werden. „Etliche Standorte werden diesem Umbau wohl zum Opfer fallen“, meint MdB Anette Kramme. Welche dies seien, ist noch unklar. Denn das Feinkonzept stehe noch nicht.

In ihrem Schreiben stellt Anette Kramme die besondere Bedeutung der Bundespolizeiabteilung Bayreuth für den gesamten oberfränkischen Raum dar. Oberfranken sei mit der höchsten Arbeitslosenquote Bayerns und durch die Auflösung anderer Bundes- und Landesbehörden in

der Vergangenheit bereits stark belastet worden, so die Abgeordnete. Ein weiterer Arbeitsplatzabbau sei kaum mehr verkraftbar.

Die Bundespolizei sei laut Kramme in Bayreuth gut aufgestellt. Die notwendige Infrastruktur sei vor Ort vorhanden. Davon konnte sich die Abgeordnete im April persönlich überzeugen. Erst in diesem Jahr habe die Bundespolizei in Bayreuth Teile der ehemaligen Markgrafenkaserne übernommen. Damit könne der insbesondere bei Dienst- und Geschäftszimmern sowie Schlafplätzen festgestellte Raumbedarf gedeckt werden. Zudem wurde das ehemalige Kompaniegebäude B 2.4 und das ehemalige Sanitätsgebäude B 4 übernommen. Dies sei auch ein deutliches Signal für die Verankerung der Bundespolizei in Bayreuth gewesen.

Bayreuth, den 22.11.2006

PRESSEMITTEILUNG

Neue Förderinstrumente und Vereinfachungen beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ab Januar 2007

Zum 01.01.2007 werden die Fördermöglichkeiten für die energetische Gebäudesanierung im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ausgeweitet. Darauf machte die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aufmerksam.

Neben der Förderung über zinsgünstige Kredite werden erstmals auch Investitionszuschüsse angeboten. „Diese sind besonders für Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Wohnungen in Wohneigentumsgemeinschaften interessant, da Kredite für Wohneigentümergeinschaften oftmals nicht in Frage kommen“, so MdB Kramme, „Zuschüsse gibt es aber auch für Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Ein- und Zweifamilienhäusern.“ Gefördert werden Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung mit Zuschüssen zwischen 5 und 17,5 Prozent der förderfähigen Investitionskosten. Anette Kramme: „Es ist besonders zu begrüßen, dass nun auch Kommunen in das Förderkonzept mit einbezogen werden. Für sie bietet die KfW-Förderbank zinsgünstige Kredite über die gesamten Investitionskosten der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Turnhallen, Kindertagesstätten aber auch Vereinsräumen.“

Darüber hinaus werden die Kreditvarianten ab 2007 vereinfacht. Projekte, die eine energetische Sanierung auf Neubaulniveau zum Ziel haben, sind nicht mehr an bestimmte Maßnahmenpakete gebunden.

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm dient dazu, die energetische Gebäudesanierung mittels zinsgünstiger Kredite der KfW zu beschleunigen und dadurch die CO₂-Emissionen zu verringern und gleichzeitig Arbeitsplätze gerade im Handwerk und in der Bauindustrie zu schaffen bzw. zu erhalten.

„Das von der SPD-Bundestagsfraktion initiierte Programm ist rundum eine Erfolgsstory“, freut sich MdB Kramme. Seit dem Start im Februar dieses Jahres nutzen Eigentümer, Wohnungsunternehmen und Investoren das Programm in hohem Maße. Bis Ende August hatte die KfW Förderbank im Rahmen ihrer gemeinsam mit dem Bundesbauministerium gestarteten Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ Darlehen über mehr als 7,5 Milliarden Euro zugesagt. Damit werden Investitionen in Höhe von rund zehn Milliarden Euro mitfinanziert. Die Bundesregierung hatte aufgrund des enormen Erfolgs das Programm im September noch einmal um 350 Millionen Euro aufgestockt.

Details zu den Förderbedingungen finden Interessierte auf der Homepage der KfW-Förderbank www.kfw-foerderbank.de. Die Berater/-innen des Infocenters der KfW Förderbank sind unter der Servicenummer **01801/335577** (zum Ortstarif) erreichbar.

PRESSEMITTEILUNG

Rußpartikelfilter: Steuerliche Förderung kommt

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme begrüßt die Entscheidung des Bundeskabinetts vom Mittwoch die steuerliche Förderung der Nachrüstung von Diesel-Pkw mit Rußpartikelfiltern zu ermöglichen.

„Nach jahrelangem Ringen um einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern startet damit endlich das Gesetzgebungsverfahren“, freut sich MdB Kramme und fordert, das Verfahren zügig zum Abschluss zu bringen. „Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich bereits in der letzten Sitzungswoche für das Gesetz ausgesprochen. Eine Einbringung des mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurfs durch die Koalitionsfraktionen war allerdings noch an der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gescheitert“, so die Abgeordnete weiter.

Die Kommunen seien laut angesichts der hohen und gesundheitsgefährdenden Feinstaubbelastung in zahlreichen Städten und Gemeinden darauf angewiesen, dass möglichst viele Diesel-Fahrzeuge mit Partikelfiltern nachgerüstet werden. Der Weg dafür sei durch den Kabinettsbeschluss jetzt frei.

Der Gesetzentwurf sieht einen Bonus von 330 Euro für jedes zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. Dezember 2009 nachgerüstete Fahrzeug vor. Für nicht nachgerüstete Altfahrzeuge mit Dieselmotor und Neufahrzeuge, die den künftigen Euro-5-Partikelgrenzwert von 5 mg/km nicht einhalten, wird zwischen dem 1. April 2007 und dem 31. März 2011 ein jährlicher Malus in Höhe von 1,20 Euro je 100 Kubikzentimeter Hubraum fällig. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis zum 16. Februar 2007 abgeschlossen werden.

Bayreuth, den 01.12.2006

MdB Anette Kramme besucht

GSB Security in Bayreuth

PRESSEMITTEILUNG

**Kurzpraktikum im Wach- und Sicherheitsgewerbe
MdB Kramme bei GSB Security in Bayreuth**

Praxisluft konnte vergangene Woche die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) bei der Bayreuther Sicherheitsfirma „GSB Security“ schnuppern. Im Rahmen eines Kurzpraktikums informierte sich die Abgeordnete über die Anforderungen im Wach- und Sicherheitsgewerbe.

Einen Geldtransporter durfte MdB Kramme zwar nicht fahren. Immerhin konnte sie jedoch einen Transporter mal genauer unter die Lupe nehmen. Auch dem Dienst habenden Einsatzleiter in der Notrufzentrale des Unternehmens schaute die Bayreuther Abgeordnete mit großem Interesse über die Schulter. „Von hier aus werden nicht nur Transportfahrzeuge mit Hilfe von GPS überwacht, sondern auch die technischen Sicherheitseinrichtungen von 330 Objekten im Einzugsgebiet sowie zahlreiche Videosysteme kontrolliert“, so Einsatzleiter Habedank. Zudem werden der Personaleinsatz sowie die Routen der Geld- und Werttransporte geplant und Notrufe entgegengenommen. Beeindruckt zeigte sich Kramme von der Effizienz und dem enormen technischen Aufwand: „Das übertrifft alle Vorstellungen, die man aus Tatortfilmen und Kriminalromanen hat.“

Manfred Hübner, geschäftsführender Gesellschafter, nutze die Gelegenheit, mit Anette Kramme eine Politikerin als Praktikantin zu haben, um einige Sorgen preiszugeben. Insbesondere der Preiskampf mit Unternehmen aus den Neuen Bundesländern mache der Bayreuther Sicherheitsfirma zu schaffen. „Die Mitarbeiter dieser Unternehmen erhalten für die gleiche Arbeit die Hälfte

des Lohns“, kritisierte Hübner. GSB Security habe schon einige mit der Firma sehr zufriedene Kunden an solche „Dumping“-Unternehmen verloren. Aber auch im Zuge der EU-Osterweiterung drohe immer mehr Konkurrenz durch Unternehmen aus Tschechien und Polen. „Leider seien die Kunden oft nicht bereit, für Dienstleistungen im Sicherheitsbereich angemessen zu zahlen. Wer am günstigsten anbietet, erhält in der Regel den Zuschlag. Unbeachtet bleibt dabei meist die Qualität der Leistungen, die Qualifikation des Personals sowie der Stand des technischen Equipments“, so Hübner. Der Geschäftsführer des Bayreuther Unternehmens stieß bei Kramme auf vollstes Verständnis: „Es geht nicht an, dass Sicherheitspersonal in jedem deutschen Bundesland anders bezahlt wird und so zusätzlich auch noch ein innerdeutscher Wettbewerb geschürt wird.“ Die Politikerin versprach, sich für einen gerechteren Wettbewerb innerhalb Deutschlands aber auch innerhalb der EU einzusetzen.

Gleichzeitig, so Hübner weiter, wachse das Unternehmensrisiko durch unbefristete Dienstleistungsverträge mit kurzen Kündigungsfristen sowie Ausschreibungen mit immer kürzerer Laufzeit. Dennoch werde Hübner alles daran setzen, die 500 Arbeitsplätze, davon 194 alleine in Bayreuth, weiter zu erhalten. Beeindruckt zeigte sich Kramme von der Entschlossenheit des Unternehmers und seinen Einsatz für die Region Bayreuth: „Bei solchen Unternehmerpersönlichkeiten ist mir nicht bange um die wirtschaftliche Situation unserer Region!“ Die Abgeordnete sicherte Hübner ihre Unterstützung bei seinen Bemühungen zu.

Gundelsheimer Volkslauf

Fränkischer Tag vom 21.10.2006

**Die Walking-Gruppe des SVG stellt die stärkste Gruppe
Erfolg - Der Gundelsheimer Volkslauf kam an.**

Beim sechsten Gundelsheimer Volkslauf haben wieder die Walker des SV Gundelsheim die stärkste Gruppe gestellt. Die SPD Gundelsheim hatte einen attraktiven Rundkurs mit vier Kilometern Länge im Wiesengrund zwischen Gundelsheim und Hallstadt präpariert. Schirmherrin war MdB Anette Kramme. Diesen konnten die Läufer wahlweise ein- bis dreimal absolvieren.

In Gundelsheim stand einmal mehr nicht die Länge der Strecke oder die Zeit im Vordergrund, sondern vielmehr der Spaß am Laufen. „Zahlen und Tabellen geraten in den Hintergrund, wenn man alle Teilnehmer einig bei Bier und Bratwurst sieht. Und so werden wir auch beim siebten Gundelsheimer Volkslauf sagen: Für drei Euro ein Freigetränk und ein Paar Bratwürste!“, meinte Jonas Merzbacher, Erster Vorsitzender der SPD Gundelsheim.

Bei der Siegerehrung wurden dann auch nicht die „Schnellsten“, sondern die „Meisten“ geehrt. Teilnehmerstärkste Gruppe war die Walking Abteilung des SV Gundelsheim mit 78 Teilnehmern. Die Gundelsheimer Walker erhielten einen Pokal zur Erinnerung und ein Essensgutschein. Platz 2 belegten die „Grünen – Frischer Wind“ vor den „Freien Wählern Gundelsheim“. Außerdem traten weitere zwölf Vereine und Gruppen, wie beispielsweise die LG Bamberg, DJK Gaustadt und SC Memmelsdorf, an. Es waren auch zahlreiche Einzelläufer, unter ihnen das Langstreckentalent Daniel Haußner vom DAV Lichtenfels und der Gundelsheimer Lokalmatador Roland Stößel, am Start. Insgesamt waren fast 200 Läufer nach Gundelsheim gekommen.

(Fortsetzung auf Seite 22)

DER ROTE FADEN

(Fortsetzung von Seite 21)

Die Siegerehrung führte Merzbacher gemeinsam mit Anette Kramme, die aus Bayreuth gekommen war, durch. Die SPD Gundelsheim hatte mit der Oberhaider Bedachungsfirma BWK, dem Gasthaus „Schiml“ und Profimarkt Hallstadt wieder Sponsoren für die Durchführung und die Preise für den Lauf gefunden. (RM)

Politischer Frühschoppen in Kornbach

Nordbayerischer Kurier vom 04.09.2006, S. 20

Die Zeit ist reif

Ein Jahr nach der Bundestagswahl: Politischer Frühschoppen mit Kramme und Friedrich

Kornbach – Auch in Zeiten drückender Probleme den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern den Dialog mit den gewählten Volksvertretern suchen, das will die Feuerwehr Kornbach. Sie präsentierte auf ihrem sechsten Herbst- und Weinfest einen politischen Frühschoppen.

„Ein Jahr nach der Bundestagswahl war die Zeit reif für einen solchen Startschuss“, so ein mit der Premiereveranstaltung zufriedener Kommandant Harald Schöffel. Seiner Einladung gefolgt waren zwei Bundestagsabgeordnete, die durch Rollenverteilung Regierung – Opposition eine spannende Veranstaltung erwarten ließen: Anette Kramme (SPD) und Horst Friedrich (FDP). Die Arbeitsrechtlerin und der Verkehrsexperte waren zugleich fachkundige Ansprechpartner für dringende Probleme der Region.

Der den politischen Frühschoppen moderierende stellvertretende KURIER-Redaktionsleiter Andreas Rietschel brachte mit gut gelaunter Lockerheit Aussagen der Redner kompetent auf den Punkt und freut sich bereits auf eine Wiederholung mit anderen Politikern im nächsten Jahr.

Nicht nur die Bundestagspolitiker und Bürger kamen zu Wort, auch Bürgermeister der Region ergriffen die Chance, sich Gehör zu verschaffen. Stellvertretender Bürgermeister Hartmut Nordhaus (SPD) fragte angesichts des von attraktiven Fördergebieten umringten benachteiligten Wirtschaftsstandorts Gefrees: „Soll ich jetzt an Gefrees interessierte Unternehmer auf das Jahr 2007 oder 2008 verweisen, wenn vielleicht Mittel aus dem EU-Strukturfonds fließen?“, nachdem seine Parteikollegin Kramme zuvor auf diese Hoffnung für die Region verwiesen hatte. Gefrees hat durch die ungünstige neue regionale Förderkulisse bereits konkrete Ansiedlungsinteressenten an Nachbargemeinden verloren und vergeblich um eine Nachbesserung gerungen. Jedoch ist das eher ein Thema für die Landespolitik.

Der Zeller Bürgermeister Albrecht Diétel mahnte zu sorgsamem Umgang mit Fördermitteln. Zuvor hatte Friedrich den 31-Millionen-Euro-Zuschuss zum Flughafenausbau Hof im Hinblick auf die langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen sehr kritisch beleuchtet. Die Kommunen

warteten angesichts leerer Förderkassen vergeblich auf längst zugesagte Kanalbauzuschüsse und müssten diese teuer vorfinanzieren, während andererseits diese neue Fördermaßnahme selbst in seinem begünstigten Landkreis Hof nicht unumstritten sei.

Leere Kassen können andererseits ausnahmsweise einmal manchen in der Region freuen. Schließlich steht der heftig umstrittene Fichtelgebirgsautobahnbau laut beider Bundespolitiker derzeit nicht nur umweltpolitisch auf dem Prüfstand, sondern erfordert im Falle eines Festhaltens und späteren Hochstufens als „vorrangiger Bedarf“ auch die notwendigen finanziellen Mittel zur tatsächlichen Durchsetzung. Von einem Bau vor 2015 könne also überhaupt nicht die Rede sein, sagte Horst Friedrich.

Den Finger in die Wunde „Arbeitslosigkeit“ legte der Oppositionspolitiker mit Blick auf die sinkenden Schülerzahlen. Viele regionale Busunternehmer seien auf die Schülerbeförderung angewiesen, bei Konzentration an ausgewählten Schulstandorten seien weitere heimische Arbeitsplätze in Gefahr, so Friedrich. Zugleich kritisierte er in diesem Zusammenhang die Einschränkung der Pendlerpauschale, denn die Menschen, die im ländlichen Bereich leben, seien noch stärker auf das Auto angewiesen, wenn weniger Buslinien fahren. Logische Folge dieser Mehrbelastung für den Bürger hätte eine entsprechende Senkung des Steueranteils bei den Spritpreisen sein müssen, die zugleich den „Tanktourismus“ einschränken und damit Arbeitsplätze schaffen könnten.

Die Gelegenheit zur ungewohnt offenen Fragestellung nahm auch das Publikum gerne wahr. So wollte ein Teilnehmer mit Blick auf die teuren Medikamentenpreise von den beiden Volksvertretern wissen: „Warum kuscht die Politik vor der Pharmaindustrie?“ Ein Vorwurf, den beide Bundespolitiker nicht stehen lassen wollten. Während Anette Kramme auf Reformen wie den Ausbau der Kosten sparenden Wirkstoffverordnung verwies, nutzte Horst Friedrich die Gelegenheit zur Forderung nach einer weiterreichenden Liberalisierung des gesamten Gesundheitswesens. (stn)

Öffentlicher Stammtisch des SPD-Ortsvereins Wiesenthau hatte MdB Anette Kramme zu Gast

Die geplante Gesundheitsreform erregt auch in Wiesenthau die Gemüter. Das wurde beim öffentlichen Stammtisch des SPD-Ortsvereins im Gasthaus Egelseer in Wiesenthau deutlich. Das Thema „Gesundheitsreform – was erwartet uns?“ stand im Mittelpunkt des Abends. „Wir freuen uns, dass wir die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme gewinnen konnten und damit aus erster Hand über den aktuellen Stand der Gesundheitsreform informiert werden“, begrüßte der Ortsvereinsvorsitzende Anton Hornegger die Anwesenden.

Die Bayreuther Abgeordnete erläuterte, wie die Diskussion um die Gesundheitsreform begonnen hat. Sie erklärte, welche Positionen die Koalitionsparteien jeweils vertreten haben und warum sich diese im Lauf der Diskussion verändert haben. Anette Kramme schlug dann den Bogen und gab einen brandaktuellen Überblick zum Stand der Dinge.

„Ein großes Ziel der SPD ist es, niemanden ohne Versicherungsschutz im Regen stehen zu lassen“, so Kramme. Dieses Ziel werde erreicht. Künftig habe jeder ein Rückkehrrecht zu seiner früheren Versicherung, wenn er seinen Versicherungsschutz verloren hat, weil er beispielsweise die Beiträge nicht zahlen konnte. Dieses Rückkehrrecht gelte nicht nur für gesetzlich Krankenversicherte, sondern auch für ehemals privat Versicherte.

Die Bundestagsabgeordnete stellte außerdem heraus, dass der Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verbessert werde. So werden die Rehabilitation älterer Menschen und die Palliativversorgung (schmerzlinde Behandlung von Schwerkranken) ebenso wie Vorsorgeimpfungen und Mutter/Vater-Kind-Kuren künftig Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenkassen sein. Als positiv wertete Kramme auch, dass die Behandlung privater Unfälle, die die Union aus der GKV streichen wollte, weiterhin zum Leistungskatalog gehört. Lediglich die Kosten selbstverschuldeter Behandlungsnotwendigkeiten, wie nach Schönheitsoperationen, Tätowierungen oder Piercings, müssten die Versicherten in Zukunft selbst tragen.

Anette Kramme sparte jedoch auch nicht mit Kritik an den Eckpunkten der Gesundheitsreform. So hätte die Private Krankenversicherung (PKV) stärker in die Pflicht genommen werden müssen, was jedoch gegenüber der Union nicht durchsetzbar gewesen sei.

Intensiv thematisiert wurde von Anette Kramme der geplante Gesundheitsfonds. In Zukunft sollen die Krankenkassenbeiträge zentral eingezogen und einem Gesundheitsfonds zugeführt werden. Der Gesetzgeber legt die Höhe der Beiträge fest. Auch die Steuermittel, mit denen die Versicherungsleistun-

gen der Kinder finanziert werden sollen, fließen diesem Fonds zu. Jede Krankenkasse erhält daraus pro Mitglied eine Pauschale. Berücksichtigt werden dabei die Alters- und Sozialstruktur der Versicherten sowie deren Krankheitsrisiken. Kramme äußerte dennoch die Sorge, dass Krankenkassen wie die AOK wegen der ungünstigen Mitgliederstruktur mit den Mitteln nicht auskommen könnten. Andererseits sei zu befürchten, dass einige Betriebskrankenkassen überfinanziert würden. Krankenkassen, die mit den Fondsmitteln nicht auskommen, können von ihren Versicherten einen Zusatzbeitrag fordern. MdB Kramme sieht auch die zusätzliche Prämie äußerst kritisch.

„Der Grundkonsens mit der Union ist in der Gesundheitspolitik leider ausgesprochen klein. Das hat und wird auch künftig die Kompromissfindung enorm erschweren“, so MdB Kramme.

Bei der abschließenden Diskussion wurden insbesondere die steigenden Krankenkassenbeiträge kritisiert. Auch die Vergütungsstruktur der Ärzte wurde von einer Teilnehmerin in die Diskussion als Thema eingebracht. „Ein sehr informativer und gelungener Abend“, freute sich der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Anton Hornegger.

Bayreuth, den 11.10.2006

AOK Bamberg

Fränkischer Tag vom 26.09.2006, S. 5

„Den Fonds können beide brauchen“

Gesundheitsreform Die AOK Bamberg diskutierte mit Abgeordneten über den Kompromiss

Bayern verliert nach Schätzungen der AOK durch den Gesundheitsfonds eine Milliarde Euro. „Das bedeutet im Bereich Bamberg und Forchheim, dass wir 12 Millionen weniger für die Gesundheitsversorgung haben“, sagte Peter Weber, Direktor der AOK-Direktion Bamberg gestern im Gespräch mit Anette Kramme (SPD, Bayreuth) und Thomas Silberhorn (CSU, Bamberg-Forchheim). Die AOK hatte die Bundestagsabgeordneten eingeladen, um über die Gesundheitsreform zu sprechen. Werner Schnabel, Vorsitzender des Beirates der AOK-Direktion Bamberg, will keine „Staatsmedizin“. Er vertritt im Beirat die Versicherten, Gerhard Riedhammer die Arbeitgeberseite der AOK. Beide wollen lieber miteinander verhandeln, als den Staat über die Beitragssätze entscheiden zu lassen.

(Fortsetzung auf Seite 24)

(Fortsetzung von Seite 23)

Kramme stuft den Gesundheitsfonds als „hochproblematisch“ ein. „Trotzdem ist er richtig: Ob die Union mit ihrer Kopfpauschale oder wir mit der Bürgerversicherung – den Fonds als Instrumentarium können beide brauchen.“ Durch den einheitlichen Versicherungsbeitrag und die zentrale Kapitalsammelstelle kann er die Vorstufe zu beiden Modellen werden.

Silberhorn sprach von einem brauchbaren Kompromiss, dass Zeit verloren werde, weil die Reform nur ein Zwischenschritt sei. Beide zeigten sich überzeugt, dass die Eckpunkte nicht neu verhandelt werden. Vordringliches Interesse der Union sei, die Arbeit in Deutschland nicht durch die Gesundheitskosten teurer zu machen, sagte Silberhorn. Die Union möchte, dass die Versicherten bis zu drei Prozent „Zusatzprämie“ an die Kassen abführen, wenn diese mit dem Geld aus dem Fonds nicht auskommen. Für die SPD liegt die Grenze bei einem Prozent.

„Unsinnig wie einen Kropf“ nannte AOK-Direktor Weber einen gemeinsamen Fonds, an dem nicht alle beteiligt sind. Außerdem kritisierte er, dass durch die Prämie zusätzliche Bürokratie entsteht. „Wenn wir prüfen, ob ein Versicherter durch die Härtefallregelung von der Zahlung befreit wird, ist das auch für die Bürger eine Zumutung. Sie müssen uns alles offen legen.“

Eine der großen Sorgen der AOK konnten die Politiker aber ausräumen: Es zeichne sich ab, dass der Beitragseinzug bei den Kassen bleibt, sagte Kramme. Dies bestätigte vorsichtig auch ihr CSU-Kollege: „Wenn wir regionale Einzugsstellen wollen, heißt das nicht, dass der Beitragseinzug von den Kassen weg muss. Über die Ausgestaltung müssen wir noch reden.“ (Natalie Schalk, FT)

Versammlung der IG-BAU in Bayreuth

Bayerische Rundschau vom 12.10.2006, S. 11

IG BAU: Kulmbacher Urgestein

Der 95-jährige Hans Grampp wurde für 80-jährige Treue zur Gewerkschaft geehrt

Mit dem Kulmbacher Hans Grampp hat die IG BAU in Bayreuth eines ihrer bundesweit dienstältesten Mitglieder geehrt. Der 95-jährige gehört seit 80 Jahren der Gewerkschaft an. Er wurde von Bezirksvorsitzendem Gerald Nicklas und Bezirksgeschäftsführer Paul Schmid mit einer Urkunde ausgezeichnet.

Bei der Versammlung in Bayreuth wurden 90 weitere Mitglieder aus Bayreuth und Kulmbach für ihre Treue geehrt. Ob beim Kampf um Arbeitnehmerrechte, beim Aushandeln fairer Tariflöhne oder beim Eintreten besserer Arbeitsbedingungen – die langjährigen Mitglieder hätten auch in schwierigen Zeiten stets an einem Strang gezogen, sagte Schmid und: „Diese Solidarität und der gemeinsame Ruf nach sozialer Gerechtigkeit sind das Markenzeichen der IG BAU.“

Ungewöhnlich heftige Kritik wurde an der Bundesregierung laut. Der Direktor der AOK Bayreuth/Kulmbach, Klaus Knorr, kritisierte die geplante Gesundheitsreform. Hier werde viel zu viel Geld für medizinisch fragwürdige

Dinge ausgegeben. Knorr: „Mit dieser Gesundheitsreform ist die Regierung auf dem falschen Weg.“

SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hatte keinen leichten Stand, als es darum ging, die guten Seiten der Reform herauszupicken. Nicht alles sei schlecht, sagte sie. Jeder habe künftig einen Krankheitsschutz, niemand müsse Leistungskürzungen hinnehmen und auch neue Ansprüche, etwa auf einen Impfschutz, seien festgeschrieben worden.

Heftige Kritik an der Bundespolitik kam auch vom Vorsitzenden der DGB-Region Oberfranken-Ost, Jürgen Jakob. Er nahm sich die beabsichtigte Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 vor. Zum einen werde ab 50 Jahren aufwärts ohnehin niemand mehr beschäftigt, zum anderen könnten gerade die Leute vom Bau dies körperlich gar nicht leisten. Deshalb sei dieses Vorhaben nichts anderes als ein „Rentenkürzungsprogramm“, „zumal auch die jetzigen Rentner in den kommenden zehn Jahren nicht mehr mit Rentensteigerungen rechnen brauchen“.

Schlachthof Bayreuth, Metzgerei Maisel (Bayreuth) und Schweinemastbetrieb (Colmdorf)

Bayreuther Anzeiger vom 20.09.2006, S. 14

Von der Sau zur Wurst:

Landtagsabgeordneter Dr. Christoph Rabenstein und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme informierten sich bei Dr. Friedrich Moreth über den Schlachthof

Bayreuth – „Was bin ich froh, dass Bayreuth einen eigenen Schlachthof hat“, resümierte Dr. Christoph Rabenstein, der mit seinen Bayreuther SPD-Parteikollegen eine Informationstour unter dem Motto „Gammelfleisch? Nein danke“ unternahm. Diese Tour führte die SPDler zunächst zu einem Schweinemastbetrieb in Colmdorf, dann zum Schlachthof Bayreuth und anschließend zu einem Metzger in St. Johannis.

„Ich habe auf den Tacho geschaut, es waren nur fünf Kilometer vom Bauernhof bis hierher“, sagte Dr. Rabenstein bei der Ankunft im Schlachthof. Die kurzen Wege vom Erzeuger zum Schlachter und dann wieder zum Metzger seien hier in der Region der Vorteil.

(Fortsetzung auf Seite 25)

DER ROTE FADEN

(Fortsetzung von Seite 24)

Das Einzugsgebiet des Schlachthofs liegt in einem 60-Kilometer-Radius um Bayreuth, klärte Dr. Friedrich Moreth, Leitender Veterinärdirektor des Schlachthofs, auf. Zirka 3.200 Schweine, 350 Stück Großvieh, 20 bis 30 Pferde, 1.000 Schafe und 200 Ziegen werden wöchentlich zum Schlachten angeliefert. „300 bis 400 geschlachtete Schweine gehen an die örtlichen Metzgereien“, so Moreth.

Auf einen Aspekt legte Moreth besonderen Wert: „In Schlachtbetrieben werden Sie nie Gammelfleisch vorfinden.“ 24 bis 48 Stunden verweilt das Fleisch normalerweise im Bayreuther Schlachthof. Sowohl vor dem Schlachten als auch danach werde das Fleisch eingehend überprüft. Und: „Gammelfleisch ist bisher nur in der Fleisch verarbeitenden Industrie gefunden worden. Wir haben in Bayreuth keine solche Industrie.“ Auf die Frage, ob Moreth unter den Metzgereien schwarze Schafe vermutet, die mit Gammelfleisch arbeiten, antwortete er: „Kann ich mir nicht vorstellen. Zum einen ist solches Fleisch bisher in keinem Handwerksbetrieb gefunden worden. Zum anderen sind die Metzger ja daran interessiert, gute Qualität zu liefern – sonst können sie ja gleich dicht machen.“ (KD.)

Bayerische Rundschau vom 15.09.2006, S. 19

Vom Stall zum Schlachter und auf den Teller

Gammelfleisch: Weniger Risiko durch kurze Wege / MdL Christoph Rabenstein (SPD) fordert Schnappaufs Rücktritt

Vor dem Hintergrund des Gammelfleischskandals hat der Bayreuther SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Rabenstein den Rücktritt von Verbraucherschutzminister Dr. Werner Schnappauf gefordert. „Die politische Kontrolle der Lebensmittelüberwachung hat gerade in Bayern versagt“, so Rabenstein. Deshalb helfe der momentane Aktionismus des Ministers, der sogar aus eigenen Reihen scharf kritisiert werde, nicht weiter.

Bei einem Informationsbesuch des Schweinemastbetriebs von Rudolf Hagen in Colmdorf, des Bayreuther Schlachthofs und der Metzgerei Maisel in St. Johannis haben Rabenstein und die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme den Weg des Fleisches vom Erzeuger zum Verbraucher nachvollzogen. Als Ergebnis hielten die Politiker fest, dass kurze Wege jegliches Risiko für den Verbraucher minimieren. Die in Rehau aufgefundenen Schweinerücken stammten hingegen aus Chile und wurden über Italien nach Rheinland-Pfalz geliefert, von wo Lieferungen nach München und Rehau erfolgt seien.

Deutliche Verbesserungen forderte Rabenstein für den Bereich der Lebensmittelüberwachung. Dort seien unab-

hängige Kontrolleure und unangemeldete Kontrollen unabdingbar, denn alle bisherigen Skandale seien erst nach anonymen Hinweisen oder aus purem Zufall aufgefliegen. Daneben sollten auch die derzeit „lächerlich geringen“ Bußgelder deutlich aufgestockt, die Täter an den Pranger gestellt und mit einem lebenslangen Berufsverbot belegt werden. Verbrauchern gab Rabenstein zu bedenken, dass Qualität auch ihren Preis habe. Er unterstütze deshalb die seit Jahren zentrale Forderung des Bayerischen Bauernverbands nach einem Verbot von Dumpingpreisen.

Schweinemäster Rudolf Hagen, der zusammen mit seiner Frau Heide einen 40-Hektar-Betrieb als Nebenerwerb im Stadtteil Colmdorf bewirtschaftet und in dessen drei Ställen sich derzeit 130 Schweine tummeln, bedauerte, dass die derzeitigen Skandale stets auf Kosten der Erzeuger gehen.

Er stellte klar, dass die Landwirte überhaupt nichts dafür könnten, da bei ihnen alles nahtlos dokumentiert werde. Hagen bezieht seine Ferkel über einen Zuchtbetrieb im Landkreis Bayreuth und vermarktet die Tiere ausschließlich über eine Bauernmetzgerei in Seulbitz.